

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

91/16

SÜDAFRIKA

Lokalwahlen 2016

ZIMBABWE

Götterdämmerung?

MOÇAMBIQUE

Musik machen in Chimoio



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70600000093009960, BIC BAWAATWW).

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto, Wanderausstellung Nelson Mandela, div. Veranstaltungen...
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Vortrag Zephania Kameeta am 6. Dezember
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

... Leserbeitrag...

zu Indaba 84/14:

Hello hope all its well on your side. Im sorry it took me so long to speak with you but every thing it's running well thank you for everything all the help it's so much more I cant thank you enough we have more kids now more school to go so Im thankfully to you and the Deutschlandsberg lady's group. You were so helpful nice guy. We say thank you to Indaba magazine. Yebo from Doris

Doris Mückensturm (Oshakati, Namibia)

	3	<u>Lokalwahlen in Südafrika</u> Margit Niederhuber, John Pampallis und Walter Sauer über das schlechte Abschneiden des ANC und den Reformbedarf in der seit 1994 regierenden Partei.
		
spektrum	10	
		<u>11</u> Gegen Armut in Namibia Vor kurzem wurde eine Food Bank nach kubanischem Vorbild gegründet. Eine wichtige Ad hoc-Maßnahme, die an den Ursachen der Verarmung aber nichts ändert, meinen Kritiker.
Streit in Moçambique eskaliert	13	
		<u>17</u> Krise in Zimbabwe Noch nie war die Lage für die Durchschnittsbevölkerung so schlecht, schreibt die langjährige politische Aktivistin Kathy Bond-Stewart aus Harare. Aber auch die Hoffnung lebt.
Kolumne von Adalbert Krims	19	
		<u>20</u> Musik zu machen in Chimoio... ... ist nicht einfach, wie Andreas Scheibenreif und Chinho Raposo berichten.
„Safari“ von Ulrich Seidl	23	
Erklärung Zimbabwe	26	

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Kathy Bond-Stewart, Johann Gattringer, Susi und Hannes Grininger, Sandra Hollweg, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Kerstin Lahr, Simon Loidl, Anita Nangombe, Margit Niederhuber, John Pampallis, Chinho Raposo, Walter Sauer, Andreas Scheibenreif, Magdalena Waygand. **Fotos:** Bundesministerium für Bildung, Margit Niederhuber, Ephraim Nsingo/IPS, SADOCC, Walter Sauer (Titel), Andreas Scheibenreif, Ulrich Seidl Film Produktion, Magdalena Waygand, www. **Titelbild:** Carol Dyantyi (IKAGENG) mit Kindern und Jugendlichen in Soweto. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 12. September 2016. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Helmuth Hartmeyer, Wien; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Kirsten Rütter, Wien.

Impressionen aus Südafrika

Von Wahlplakaten, Museen und einigen Ungereimtheiten

Margit Niederhuber berichtet von ihren Reisen mit Albie Sachs zum National Arts Festival in Grahamstown und zu Orten, an denen Geschichte und Zukunft verhandelt werden.

Albie Sachs und ich trafen einander in Grahamstown, Eastern Cape Province, beim *National Arts Festival*. Unser Buch *My Johannesburg* (INDABA 83/14) wurde dort in einer Musik-/Textversion aufgeführt, und wir beteiligten uns an einigen Panels. Die Performance war die Idee des österreichischen Trompeters und Komponisten Christian Radovan,

afrikanischen Jazzszene vertreten. Die ausgewählten Interviews las Vuyelwa Maluleke, eine Poetry-Slamerin und Schauspielerin. Dementsprechend positiv war die Reaktion. Die Tournee ging weiter, nach Kapstadt, in die österreichische Botschaft in Pretoria und nach Johannesburg, ins Soweto Theatre.

Zuma-Fraktion verhinderte Plakate mit den aktuellen Kandidaten und machte den Wahlkampf für andere nichtkorrupte Politiker/innen schwer.

Albie hat auch eine juristische Beziehung zu Port Elizabeth. Eines seiner bekanntesten Urteile als Verfassungsrichter war der sogenannte *Port Elizabeth Municipality Case*. In diesem Urteil wurde festgehalten, daß es nicht gerecht und angemessen wäre, extrem arme schwarze Familien aus ihren Hütten zu vertreiben. Ein weißer Landbesitzer wollte das per Gerichtsurteil durchsetzen. Albies Urteil hielt fest, daß vor der Vertreibung und Zerstörung ihrer Wohnungen ein Prozeß der Mediation stattfinden müsse: *„Der Geist von Ubuntu, Teil des tiefen kulturellen Erbes der Mehrheit der Bevölkerung, durchflutet die gesamte konstitutionelle Ordnung...“*. (im Original: *„The spirit of Ubuntu, part of our deep cultural heritage of the majority of the population suffuses the whole constitutional order. It combines individual rights with a communication philosophy unifying motif of the Bill of Rights which is nothing if not a structured, institutionalized and operational declaration in our evolving new society of the need for human interdependence, respect and concern...“*).

Albie war auf Einladung der Nelson Mandela Bay Municipality, einer



Mit Albie Sachs in Port Elizabeth

aufgewachsen in Pretoria als Sohn österreichischer Einwanderer. Er hat Texte ausgewählt und dazu Musik komponiert. Die Interviews im Buch waren für ihn voller Hoffnung und Energie, und das wollte er musikalisch umsetzen. Das Publikum war sehr konzentriert bei den Texten und genoß ganz offensichtlich die Musik. Lukas Ligeti aus Österreich spielte in der Band, und mit Benjamin Jephta und Nduduzo Makhathini waren zwei Stars der neuen Generation der süd-

auf der Reise nach Cape Town, mit Albies Frau Vanessa und ihrem gemeinsamen Sohn Oliver, machten wir in Port Elizabeth Halt. Auf dem Weg erzählt mir Albie von der Geschichte des ANC in Port Elizabeth – einer mächtigen Organisation, mit viel Kampferfahrung, Mut und Mobilisierungskraft – und von der aktuellen Situation mit Fraktionskämpfen und Zerrissenheit. Ein neuer Bürgermeister, Danny Jordaan, wurde eingesetzt und machte eine aktive, die Bevölkerung einbeziehende Politik. Die Plakate zur Bürgermeisterwahl bei der Einfahrt in die Stadt aber waren mit einem Foto von Jacob Zuma versehen, ohne Hinweis auf den amtierenden Bürgermeister. Das zeigte viel von der aktuellen Situation. Die

ANC: Zerrissen auch im Wahlkampf

über die Grenzen von Port Elizabeth hinausgehenden Verwaltungseinheit, gekommen. Sein biografischer Film „Soft Vengeance“ wurde in dem wunderschönen renovierten Gebäude der *Mandela Bay Development Agency (MBDA)*, einer ehemaligen Straßenbahn-Remise in der Innenstadt, vor geladenen Gästen gezeigt. Viele ANC-Aktivist/inn/en waren anwesend. Die erlittenen Wunden der Apartheid wurden spürbar. Das Publikum ging mit, die dokumentarischen Szenen mit prügelnder und schießender Polizei wurden kommentiert. Die Diskussion danach war voller versteckter Kommentare über Fraktionskämpfe und Korruption. Im Vordergrund stand aber eine solidarische Anerkennung von Albies Leben.

am nächsten Tag hatten wir die Chance, einige Projekte zu besuchen, zuerst *Route 67*, eines der großen MBDA-Projekte. Um die Innenstadt wieder zu beleben, wurden Gebäude, Denkmäler, Plätze und Parkanlagen renoviert. Künstler/innen waren einbezogen: 67 Kunstwerke im öffentlichen Raum symbolisieren die 67 Jahre, die Nelson Mandela für die Freiheit Südafrikas gekämpft hat. Der Weg beginnt im Hafen beim Glockenturm, geht über die bunten Stufen voller Mosaik hinauf zur Pyramide, die der erste britische Gouverneur Duncan seiner verstorbenen Frau erbaut hat, und weiter durch den Park mit dem zweithöchsten Flaggenmast Afrikas zum *Nelson Mandela Art Museum*. Der Park ist belebt, Jugendliche machen Fotos oder sitzen herum. Wir können nicht alle Stationen besuchen, am längsten verweilen wir bei der Warteschlange der Wähler/innen. „One person, one vote“ wurde nach vielen Jahren des Kampfes für eine demokratische Gesellschaft Wirklich-

Rückschlag oder

Wie fast alle ANC-Mitglieder war auch ich vom Ausmaß der Verluste bei den Lokalwahlen überrascht. Das Resultat zeigt die Desillusionierung vieler, die im ANC bisher den Garanten für die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf ein besseres Leben gesehen haben. Dies sollte für die Organisation ein Anlaß sein zu fragen, warum sie kontinuierlich an Unterstützung verliert. Man würde von der Parteiführung erwarten, daß sie diesen Rückschlag als Ansporn sieht, sich einigen schwierigen Fragen zu stellen. Umso beunruhigender ist jedoch die Erklärung des *National Executive Committee (NEC)* nach seiner letzten Sitzung.

Die Erklärung gibt zu, daß viele Ziele nicht erreicht worden sind, aber es gibt keinerlei Selbstkritik daran, warum das so war. Das meiste wurde schon früher so gesagt – als ob sich die Situation nicht fundamental geändert hätte, als ob wir nicht die Kontrolle über vier wichtige Metropolen verloren hätten.

Da lesen wir, zum Beispiel, daß der ANC „*sofort und couragiert kraftvolle Strategien zur Stärkung unserer Strukturen*“ umsetzen soll; daß „*Sofortmaßnahmen gegen die Fraktionierung*“ ergriffen werden sollen; daß das NEC „*den Krebs (der Korruption) furchtlos und unparteiisch bekämpfen*“ soll, ebenso wie die „*dreifache Herausforderung von Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit*“. Das alles ist zweifellos sehr wichtig, aber wir haben es schon oft gehört. Wir müssen uns fragen, warum all das – trotz einiger Fortschritte – nicht schon längst geschehen ist. Und wie sich unser Verhalten in Zukunft verändern wird? Die Erklärung sieht die Sitzung des NEC als den „*Auftakt eines anhaltenden Prozesses der Selbstbesinnung mit dem Ziel der Reform des ANC*“ – das ist positiv. Dieses Prozeß sollte aber die gesamte Bewegung involvieren, inklusive die Ortsgruppen. Denn es müssen tieferliegende Themen diskutiert werden wie zum Beispiel: Warum wählten so viele frühere Unterstützer diesmal nicht den ANC oder enthielten sich?

Das Statement beschäftigt sich mit dieser Frage nicht wirklich. Im Gegenteil, es wird gesagt, man müsse sich „*mit der Wahrnehmung des ANC als arrogant, zu weich bezüglich Korruption und zunehmend entfernt von seiner sozialen Basis*“ befassen.

Tatsächlich? Glaubt irgendjemand wirklich, daß dies nur eine „Wahrnehmung“ ist? Spiegelt die Zusammensetzung des NEC wirklich die Zusammensetzung der gesamten Mitgliedschaft des ANC wider?

Wie viele NEC-Mitglieder können für die ländlichen oder die städtischen Armen sprechen oder selbst für mittlere Arbeiter?

Der ANC hat wichtige Maßnahmen gesetzt um sicherzustellen, daß Frauen in der Führung gut vertreten sind. Kann nicht etwas Ähnliches getan werden, damit auch andere übersehene Gruppen zur Kenntnis genommen werden?

Das NEC hat eine kollektive Verantwortung für die schlechten Ergebnisse der Wahlen übernommen. Das ist fein, aber zu wenig. Wenn alle verantwortlich sind, dann ist de facto niemand verantwortlich. Vielmehr sollte das NEC das Verhalten

Herausforderung?

seiner Führungspersönlichkeiten individuell überprüfen. Anhand ihres Verhaltens beurteilt das südafrikanische Volk den ANC als Ganzes. Warum übt der ANC keine Anziehungskraft mehr auf die Jugend aus? Viele junge Menschen wählen den ANC, einige treten sogar bei. Aber es gibt nicht mehr diesen Enthusiasmus und diese Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit wie früher.

Über hundert Jahre hindurch waren farbige und indische Menschen eine wichtige Komponente des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung. Heute wählen farbige und indische Wohnviertel überwiegend die DA. Selbst viele Weiße, die früher den ANC unterstützten, haben ihre Präferenz verändert.

Einmal war der ANC als die Partei des Nicht-Rassismus bekannt. Können wir das heute noch von uns sagen?

Warum führt der ANC den Kampf gegen Korruption nicht an? Deshalb, weil viele von uns kompromittiert sind, stellen wir unsere eigenen Interessen vor die des ganzen Landes? Nur zu oft wird der Staat mehr als Quelle der persönlichen Bereicherung angesehen denn als Instrument zum Dienst an unserem Volk.

Wie soll sich der ANC nunmehr als Opposition in wichtigen Städten verhalten? Wir haben wenig Erfahrung als Opposition. Was kann der ANC in Opposition tun, um Gleichheit zu fördern, wirtschaftliche Entwicklung und den Kampf gegen Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit?

Und wie kann unsere Organisation das Vertrauen des Volkes wiedergewinnen?

Diese und andere vitale Fragen sollten von allen Mitgliedern bedacht werden. Die Mitglieder der Ortsgruppen sind den Sorgen der Bevölkerung auf lokaler Ebene nahe und müssen daher an zentraler Stelle in die Analyse und Lösung dieser Herausforderungen involviert sein. Und zwar bald.

Nach einem großen Rückschlag ist es leicht, in Verzweiflung zu verfallen. Dafür besteht keine Notwendigkeit. Der ANC ist immer noch die bei weitem größte Partei in Südafrika, er kontrolliert die nationale und die Regierungen in acht Provinzen. Er hat eine reiche und stolze Geschichte, verfügt über viel Erfahrung und über viele tausend loyale und engagierte Funktionäre. Indem er sich tiefgreifend mit seinen Schwächen und den Herausforderungen befaßt, kann er seine Stärken erhalten und die verlorenen Positionen wiedergewinnen.

Der Schlüssel dazu ist, die harten Fragen zuzulassen und die notwendigen Korrekturen durchzuführen.

John Pampallis ist seit 1978 ANC-Mitglied, war im Exil Lehrer am Solomon Mahlangu Freedom College in Mazimbu/Tanzania und zuletzt Berater des Ministers für Höhere Bildung und Training. Sein Kommentar (hier etwas gekürzt) erschien am 29. 8. 2016 in der Tageszeitung „The Star“.

keit. Die aus Metall geschnittenen Silhouetten stehen an einer Mauer entlang bis hinauf, und ganz oben steht Nelson Mandela mit erhobener Faust, nicht schwarz wie die anderen, sondern aus hellem Metall. Marcus Neustetter



Route 67

von der *Trinity Session* aus Joburg, der in unserem Buch über Kunst im öffentlichen Raum und die Partizipation von lokalen Künstler/innen spricht, war auch hier Konsulent.

Dann fuhren wir weiter zu einem nicht so erfolgreichen Projekt, dem *The Red Location Museum*, Bibliothek und Galerie. Es ist ein Ort voller Geschichte, Geschichten und Erinnerungen. Dort organisierten Gewerkschafter/innen die ersten Streiks, dort waren die ersten Zellen von *Umkhonto*, dort lebten Govan Mbeki und andere ANC-Führer, dort wurden die ersten ANC-Stadträte gegründet. Daher auch die Idee, nicht mitten im Zentrum von Port Elizabeth, sondern genau hier einen Ort der Erinnerung und der Utopien, des Lernens und des Staunens zu errichten. 1998 erfolgte eine Ausschreibung, das Zentrum wurde errichtet, gewann Architekturpreise und die Tourist/innen kamen. Aber es wurde „vergessen“, die ebenfalls versprochenen neuen Häuser zu bauen, die neue Infrastruktur.

**Innenstadt
beleben durch
Kunst**

Die errichteten Häuser waren kleiner als die bisherigen, außerdem viel zu wenige, und ein paar populistische Gemeindeführer brauchten nicht viel zu tun: Das Zentrum mußte geschlossen werden. Seit 2014 wird verhandelt.



Im Red Location Museum

Im klug eingerichteten Museum mit Schachteln der Erinnerung, die Aufbewahrungsschachteln von Wanderarbeiter/innen ähneln, sehe ich ein Foto der Schwester des ANC-Repräsentanten in Dar Es Salaam, Stanley Mabizela. Mit ihm hatte ich in der ANC-Schule in Morogoro, dem *Solomon Mahlangu Freedom College*, viel zusammengearbeitet. Unser Begleiter erzählt mir, daß Stanleys Bruder im ersten Gemeinderat saß und daß Stanley vor einigen Jahren verstorben ist. Geschichten von Kämpfer/innen – und heute wird der ANC aus dem Township verjagt.

auch in Kapstadt das gleiche Bild: Zuma-Plakate, politische Diskussionen und die Hoffnung, daß sich die „Anderen“ durchsetzen. Albie ist sicher, daß die Verfassung stark genug ist, nicht-demokratische Machenschaften abzuwenden. In seinen Augen wissen die Menschen,

daß sie durch Wahlen Änderungen durchsetzen können. Im *National Art Museum* eine zornige Replik auf die heutige Situation, gestickt auf einem afrikanischen Stoff: „*I did not join the struggle to be poor*“. Am Abend bei einer Buchpräsentation bei der *South African Clothing and Textile Workers Union* erlebe ich starke Frauen, die sich auf ihren Kampf berufen: „*Amandla Awethu*“ ... Die Macht dem Volke, das bleibt eine wichtige Forderung im heutigen Südafrika.

In der Zwischenzeit sind die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen klar. Der ANC hat verloren, in Tshwane (Pretoria), Port Elizabeth, Erkuhuleni und Johannesburg entstehen Koalitionen mit und ohne ANC.

Bis zur nationalen Wahl im Jahr 2018 wird sich zeigen, ob sich der ANC wieder als positive Kraft etablieren kann, dem soziale Verbesserungen und der Kampf gegen Korruption in den eigenen Reihen geglaubt werden.

Chance für ANC-Erneuerung?

Das Gegenteil wäre ein weiterer Absturz: Wenn es der Gruppe um Zuma weiter gelingt, genügend Unterstützung für ihre Macht- und Geldspiele zu finden und ihre Kandidat/inn/en durchzusetzen, wäre das eine bittere Erkenntnis für uns alle, die den ANC viele Jahre begleitet haben. Doch es bleibt die Hoffnung, daß engagierte Mitglieder des ANC den Wandel schaffen.

Margit Niederhuber ist Dramaturgin und Autorin an der Schnittstelle Kunst, Politik und Forschung vor allem im außereuropäischen Kontext. Publikationen u.a. über die afrikanischen Großstädte Nairobi, Maputo, Johannesburg und Dakar erschienen im Mandelbaum Verlag.

Schlamm Schlacht Innenpolitik

Während hohe ANC-Funktionäre gebetsmühlenartig beteuern, ein Austausch des Präsidenten vor Ende seiner Amtszeit komme nicht in Frage, nehmen die Forderungen nach einem Rücktritt Zumas zu. Nicht zuletzt erhalten diese neue Nahrung durch personelle Konflikte an der Spitze der verstaatlichten Unternehmen, insbesondere bei *South African Airways*. Nach wie vor schwelt außerdem der Konflikt zwischen Finanzminister Pravin Gordhan, einem scharfen Kritiker der mit dem Präsidenten verbündeten indischen Investorenfamilie Gupta, und den *Hawks*, einer Sonder Einheit der Polizei zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die offenbar politisch instrumentalisiert wird.

Wie das Präsidentenamt Anfang September bekanntgab, hat Zuma die 7,8 Mio. Rand zurückgezahlt, die nach dem Spruch des *Public Protector* auf die privaten Upgrades seiner dienstlichen Residenz in Nkandla entfallen waren. Dabei handelte es sich u. a. um Viehställe, einen Swimming Pool und ein Amphitheater. Im März d. J. hatte der Verfassungsgerichtshof gegen die ANC-Mehrheit im Parlament entschieden, daß diese Entscheidung bindend gewesen war – zugleich eine Grundsatzentscheidung zur Wahrung der Verfassung gegen politischen Mißbrauch.

Daß Zuma die nicht unbeträchtliche Summe über einen „Bausparkredit“ einer wenig bekannten Bank finanzierte, obwohl er in Nkandla ja nicht Grundeigentümer ist und somit über kein Land zur Sicherstellung verfügt (wie es eigentlich vorgeschrieben wäre), hat allerdings erneut zu Kritik Anlaß gegeben.

Eine Niederlage des ANC

Geht das urbane Südafrika nach rechts?

Das Ergebnis der Lokalwahlen vom 3. August hat die innenpolitische Situation Südafrikas stark verändert. In vielen Gemeindeverwaltungen, die zum Teil für riesige Regionen zuständig sind, wird in Zukunft die rechtsliberale Opposition regieren. Der ANC könnte dies als Chance für politische und personelle Erneuerung nützen, meint Walter Sauer.

Natürlich kann man das Ergebnis der Lokalwahlen vom 3. August auch positiv sehen: daß der seit 1994 regierende *African National Congress (ANC)* mit fast 54% der gültigen Stimmen und 60% der Gemeinderatsmandate einen beachtenswerten Wahlerfolg erzielt habe, von dem europäische Parteien nur träumen könnten – und das bei freien und fairen Wahlen... Für Südafrikas ANC aber ist es dennoch enttäuschend: Denn im Vergleich zu den *Local Authorities Elections* von 2011 (INDABA 70/11) ist das vordergründig so gute Ergebnis ein Minus von sieben Prozentpunkten, im Vergleich zu jenen von 2006 sogar von zehn.

In den meisten Millionenstädten des Landes büßte der ANC seine absolute Mehrheit ein. Gerade in den großstädtischen Ballungszentren also, die für einen Großteil der südafrikanischen Wirtschaftsleistung und zugleich für urbane Modernität stehen, verlor die Regierungspartei gewaltig an Boden.

Nach einem „titanischen“ (@ *Sunday Times*) Auszählungs-marathon, in dessen Verlauf die relative Stimmenmehrheit in Johannesburg und Tshwane mehrfach zwischen dem ANC und der oppositionellen *Democratic Alliance (DA)* wechselte, gab

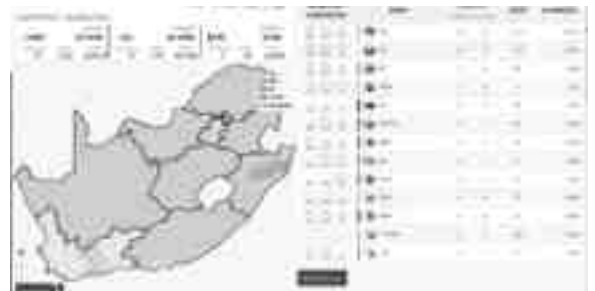
die unabhängige *Electoral Commission* am frühen Abend des 6. August das vorläufige Endergebnis bekannt. Demzufolge erzielte der ANC in 161 der 213 bestehenden *Local Councils* eine absolute („controlling“) Mehrheit, in weiteren 15 eine relative („leading“). Die DA erreichte in 19 Gemeinde- oder Stadträten mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, in weiteren fünf stand sie relativ an erster Stelle. Drittstärkste Partei nach Stimmen wurden die *Economic Freedom Fighters (EFF)*, die zwar in keinem Wahlkreis eine relative oder gar absolute Mehrheit erzielten, in vielen Fällen aber nun als „Zünglein an der Waage“ fungieren können.

Die *Inkatha Freedom Party (IFP)* schließlich

wurde in sechs Councils zur „controlling party“ und in einem weiteren zur „leading“, was eine Verbesserung

gegenüber dem letzten Mal darstellt; auch Zumas umstrittene Residenz Nkandla fällt nun unter eine IFP-dominierte lokale Verwaltung. Und noch ein Kuriosum: In der Gemeinde Kannaland erreichte eine lokale Abspaltung vom ANC, die *Independent Civic Organisation of South Africa (ICOSA)*, die relative Mehrheit. Insgesamt fünf Councils, meist in der Western Cape

Province, blieben nach Einsprüchen von politischen Parteien oder unabhängigen Kandidaten gegen offenbare Formalfehler zunächst ungeklärt. Die Wahlbeteiligung war mit über 55% etwas höher als letztes Mal (Ergebnisse im Detail: <https://www.elections.org.za/LGEDashBoard2016/>).



Das Wahlergebnis auf der Website der Wahlkommission

Verluste in den Großstädten

Die *municipalities*, manche davon zugleich *districts*, bilden in Südafrika die unterste der drei Ebenen der staatlichen Verwaltung (neben der nationalen und der Provinzebene), sie sind laut Verfassung im Prinzip autonom und besitzen eine Fülle von Kompetenzen. Mit etwas über 200 Gemeinden verfügt Südafrika im internationalen Vergleich über sehr wenige (im fast gleich großen Kolumbien etwa gibt es über 1.100 Municipios) und daher sehr große lokale Einheiten, die über die eigentlichen städtischen

oder dörflichen Agglomerationen weit hinausgehen. Die Metropolitanregion Tshwane z. B. macht mit über 6.300 Quadratkilometern mehr als ein Drittel der gesamten Provinz Gauteng aus. Ob und inwieweit diese riesigen Verwaltungseinheiten effizient sein können und überhaupt entwicklungs- politisch sinnvoll sind, ist umstritten; es erklärt sich daraus aber die innenpolitisch enorme Bedeutung der Local Council Elections, insbesondere in den acht Metropolen: ein allfälliger Widerstand auf dieser Ebene macht das Regieren auf Provinz- oder gar nationaler Ebene deutlich schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich.

Wichtigkeit der lokalen Councils

Und genau das ist die Situation, mit welcher der ANC jetzt konfrontiert ist. Denn nur mehr in drei von acht Metropolangeboten verfügt er über die kontrollierende (absolute) Mehrheit: in eThekweni, dem Großraum Durban, mit 56,01% (2011 waren es noch 61,5% gewesen), in Mangaung, dem Großraum Bloemfontein, mit 56,5% (2011: 66,2) und in Buffalo City, dem Großraum East London, mit 58,7% (2011: 70%). In Johannesburg jedoch und in Ekurhuleni, dem früheren East Rand, gingen die absoluten ANC-Mehrheiten mit 44,5% (statt wie zuletzt 58,6%) bzw. 48,6% (statt 61,6%) verloren. In Tshwane, der Riesenregion um die Hauptstadt Pretoria, verfügt nun die DA mit 43,1% über die relative Mehrheit, während der ANC 2011 noch mit mehr als 55% dominiert hatte. Ähnlich in Nelson Mandely Bay, das als Port Elizabeth früher eine ANC-Hochburg war und wo nun die DA mit 46,7% die Parteien anführt. Bleibt Kapstadt, das sich ohnehin seit Jahren in der Hand der oppositionellen DA (bzw. ihrer Vorgängerparteien) befindet; diese konnte ihre dortige Mehrheit um 6

Prozentpunkte auf 66,6% steigern. „Jacob Zuma wird in einem IFP-regierten Wahlsprengel Feierabend machen (Nkandla), in einer DA-verwalteten Stadt ins Parlament fahren (Cape Town) und voraussichtlich auch in einer DA-regierten Hauptstadt amtieren (Pretoria)“, schrieb die Pressesprecherin der Democratic Alliance, Abgeordnete Phumzile Van Damme, triumphierend auf Twitter.

Intern hatte der ANC diesen gravierenden Dämpfer seit langem befürchtet, wie ich schon 2014 in Gesprächen mit führenden Politikern am Rande einer Tagung des Parteivorstands feststellen konnte. Damals hatte man noch gehofft, mit neuen Gesichtern in der Regierung, einem neuen Schwung in der Administration und im Gefolge der „20 Jahre Freiheit“-Festlichkeiten das Ruder herumreißen zu können (INDABA 82/14). Diese Strategie scheiterte jedoch gleich an mehreren Fronten.

Einerseits vertiefte sich auf lokaler Ebene die spürbare Vertrauenskrise, hervorgerufen durch schlecht funktionierende Infrastruktur („service delivery“), ein problematisches Schulwesen, die anhaltende Kriminalität und nicht zuletzt die grassierende Korruption. Zunehmende Proteste wurden von der Polizei niedergeschlagen und eskalierten in vielen Fällen; es kam zu Plünderungen, Zerstörung von kommunalen Einrichtungen und zum Teil auch zu Gewalt. Zwar konnte der ANC in der Regel die Wahlsprengel in den marginalisierten Townships halten – zur DA gingen die unzufriedenen ANC-Anhänger in ihrer Mehrheit nicht –, doch kam es zu Wahlenthaltung und dadurch zu Stimmenverlusten, sodaß sich die Stellung des ANC auf

der jeweiligen Lokalebene insgesamt verschlechterte. Umgekehrt konnte die



Zuma bei der ANC-Schlußkundgebung in J'burg

DA ihre Klientel in den wohlhabenderen Stadtteilen besser motivieren, und zwar weit über ihre weiße Stammwählerschaft hinaus; auch ein signifikanter Teil der in den letzten zwei Jahrzehnten entstandenen schwarzen Mittel- und Oberschicht dürfte in der DA des jungen Akademikers Mmusi Maimane seine politische Heimat gefunden haben.

Hinzu kamen noch hausgemachte Probleme des ANC, dessen interne Widersprüche immer deutlicher zu Tage treten – auch im Hinblick auf die Ende 2017 zu klärende Frage der Nachfolge an der Spitze der Partei und des Staates. So wurde knapp ein Dutzend Kandidaten des ANC bzw. der verbündeten Kommunistischen Partei im Verlauf des Wahlkampfes in KwaZulu-Natal ermordet, Medien zufolge aber nicht von Anhängern einer anderen, sondern vermutlich von unterlegenen Kandidaten der eigenen Partei (!). Und gegen Ende Juni provozierte die nationale Führung des ANC geradezu einen Volksaufstand in den Townships von Tshwane, indem sie die frühere Landministerin Thoko Didiza, die in der Region nicht verankert ist, zur Spitzenkandidatin für den Bürgermeisterposten proklamierte. Ein kapitaler Fehler, wie sich im Nachhinein he-

rausstellen sollte. Andererseits dominierten im Wahlkampf auch Themen der nationalen Politik; als Beobachter hatte man über weite Strecken hinweg den Eindruck, es stünde eigentlich die Regierung zur Wahl. Zumas zweimalige Auswechslung des Finanzministers zur Jahreswende und die darauffolgende ernste Verschlechterung von Südafrikas Stellung auf den Finanzmärkten (drastischer Kursverfall des Rand), seine offensichtlich spezielle Beziehung mit der indischen Investorenfamilie Gupta („state capture“) und der erst in letzter Minute gescheiterte Versuch, die Residenz des Präsidenten in KwaZulu-Natal auf Staatskosten zum privaten Refugium ausbauen zu lassen (INDABA 89/16), waren aufgelegte Elfmeter für eine Opposition, die rund um all diese Themen (außen-) wirtschaftliche Interessen, Korruptionskritik und Demokratierhetorik zu mobilisieren vermochte. Daß es gerade in Großstädten wie Johannesburg oder Pretoria in den vergangenen Jahren zu wichtigen infrastrukturellen Verbesse-



*Democratic Alliance:
Blau statt Grün-Gold-Schwarz*

rungen gekommen ist (etwa im Bereich des öffentlichen Verkehrs) oder daß die ständigen Stromabschaltungen in den Ballungsgebieten merklich zurückgegangen sind, beeindruckte die Mittelschichten – welcher Hautfarbe auch immer – offenbar wenig.

Nationale Themen dominierten

Wie geht es nun weiter? Eine Frage, die sich in Südafrika stellen. Pragmatisch gesehen, waren für 27 sog. *hung councils* (in denen keine Partei die absolute Mehrheit besitzt) Koalitionsverhandlungen der nächste Schritt, darunter in vier Metropolen. Besonnene Politiker wie Bantu Holomisa, der Vorsitzende des bereits vor Jahren vom ANC abgespaltenen *United Democratic Movement*, riefen zu einem generellen Koalitionspakt zwischen ANC und DA auf, der für alle *hung councils* gelten sollte. Realistisch war das jedenfalls nicht. EFF-Vorsitzender Julius Malema hatte angekündigt, in keinem Fall den ANC unterstützen zu wollen – oder jedenfalls nur bei einem sofortigen Rücktritt Zumas. Eine sich linksradikal gebärdende Bewegung, die im Parlament vor allem durch ihre Filibustertaktik auffällt, war also bereit, der Rechten den Weg zu bereiten – ein interessanter Vorgang, nicht das erste Mal in der Geschichte.

Die ersten Entscheidungen auf Metropolitanenebene wurden am 19. August in Tshwane getroffen, die DA-Kandidat/inn/en wurden mit den Stimmen der EFF zum Bürgermeister bzw. zur Ratsvorsitzenden gewählt (woraus aber keine Koalition auf Dauer entstehen soll). Der ANC erwies sich als schlechter Verlierer und kündigte Widerstand in den von ihm kontrollierten Sprengelbezirken gegen die Lokalverwaltung an.

Wenige Tage darauf übernahm die DA auch Johannesburg, während sich in Ekurhuleni ANC-Spitzenkandidat Mzwandile Masina im Bündnis mit einigen Kleinparteien durchsetzen konnte. In Nelson Mandela Bay wurde Athol Trollip von der DA zum neuen

Bürgermeister gewählt; er hatte schon im Vorfeld eine Massensäuberung der Stadtverwaltung angekündigt, die zur



Populist Julius Malema als Zünglein an der Waage

Entlassung aller „korrupten Beamten“ führen soll. Wie transparent es dabei zugehen wird, wird sich weisen.

Was wird die Amtsübernahme durch die wirtschaftsliberale Democratic Alliance in den Lokalverwaltungen de facto bringen? Angekündigt sind Antikorruption und effizientere kommunale Leistungen. Ob das eintreten wird, bleibt abzuwarten. Wie das Beispiel Masiphumelele bei Kapstadt zeigt (INDABA 89/16), garantiert auch eine DA-geführte Verwaltung die Lösung sozialer Probleme nicht.

Befürchtet werden muß, daß an die Stelle teilweise sicher ineffizienter kommunaler Programme nun die „Kräfte des Marktes“ treten werden und parallel noch mehr in Sicherheit und Abschottung investiert werden wird. Aus der Sicht der armen Hälfte der Bevölkerung ist also eher Enttäuschung vorprogrammiert. Das wäre für den ANC eine Chance zur programmatischen und personellen Erneuerung. Aber ob er sie nützen wird?

Jetzt sind Koalitionen angesagt

...spektrum...

Präsidentenwahlen in Zambia.

Zweifelhaft ist das Ergebnis des Urnengangs vom 11. August (INDABA90/16). Amtsinhaber Edgar Lungu (*Patriotic Front/PF*) wurde zunächst von der Wahlkommission mit 50,3% der abgegebenen Stimmen zum Sieger erklärt, sein Gegenkandidat Hakainde Hichilema von der oppositionellen *United Party for National Development (UPND)*, der 47,7% erreichte, sprach allerdings von Wahlbetrug. Die neue Verfassung sieht für diesen Fall die Möglichkeit einer Anrufung des Verfassungsgerichtshofs vor [ziemlich österreichisch, Anm. d. Red.], der darüber innerhalb von vierzehn Tagen entscheiden muß. Hichilema brachte seine Beschwerde am 19. August ein. Die Entscheidung erfolgte letztlich erst am 5. September, die Beschwerde des unterlegenen Kandidaten wurde aus formalen Gründen



Warteschlange vor Wahllokal in Zambia

abgelehnt. Die Amtseinführung Lungus ist nun für den 13. September (nach Redaktionsschluß) vorgesehen. Die Opposition, die schon die Wahlkommission der Einseitigkeit zugunsten des Amtsinhabers beschuldigt hatte, kritisiert nun die Verfassungsrichter, weil sie ihre Entscheidung als Unterstützung der regierenden Partei ansieht.

Bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen erzielte die *Patriotic Front* 42% der abgegebenen gültigen Stimmen und 80 Mandate in der Natio-

nalversammlung. Die UNIP lag mit 41,7% zwar knapp dahinter, erhielt aufgrund der Wahlarithmetik jedoch nur 58 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 56,45% der mehr als sechs Millionen registrierten Wähler/innen.

Zuspitzung der innenpolitischen Krise in Zimbabwe.

Während die Infrastruktur in den Städten nahezu zusammenbricht und Millionen von Menschen in den ländlichen Gebieten unter akuter Lebensmittelknappheit leiden (siehe S. 16), spitzen sich die politischen Konflikte markant zu. Erstmals seit Jahren formiert sich wieder eine Massenbewegung gegen das Regime des 92jährigen Präsidenten Robert Mugabe und die regierende *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU PF)*.

Schon der Aufruf des Pastors Evan Mawarire zu Demonstrationen und Streiks hatte die breitesten Proteste seit 2007 zur Folge. Mawarire hatte anlässlich des 36. Jahrestages der Unabhängigkeit im April eine vorwiegend in den sozialen Medien aktive Bewegung namens *#ThisFlag* ins Leben gerufen, um gegen die Mitverantwortung der Regierung für Korruption, Ungerechtigkeit und Armut zu protestieren. „*Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem jeder von uns sagt: Genug ist genug.*“ Sein Aufruf wurde von Zehntausenden befolgt, die meisten Geschäfte, Supermärkte und Banken in Harare und anderen Großstädten blieben am 6. Juli geschlossen. Ärzt/inn/en, Lehrer/innen und Krankenschwestern, die wegen ausbleibender Löhne streikten, schlossen sich an. Die Aktionen verliefen weitgehend friedlich, in Harare wurden bei Zusammenstößen zwischen Taxifahrern und der Polizei 95 Menschen verhaftet. Im Township Mufakose blockierten hunderte Jugendliche die Straßen mit Barrikaden, auch hier gab

es zahlreiche Verhaftungen. Wie ernst die Regierung die Situation nimmt, zeigt die Erklärung des Armeekommandanten, Generalleutnant Valerio Sibanda, von Anfang August, das Militär würde keinen „arabischen Frühling“ in Zimbabwe dulden und betrachte die Aktivitäten in den sozialen Medien als „Cyberkrieg“. Die Gebühren für Internetanschlüsse in Zimbabwe wurden vervielfacht.

Während Pastor Mawarire Zimbabwe mittlerweile, angeblich aus Gesundheitsgründen, verlassen hat und in den USA lebt, haben sich die Oppositionsparteien erstmals zu ei-



Massenproteste gegen Regierung in Harare

ner gemeinsamen Anti-Mugabe-Front zusammengeschlossen. Bei einer Großkundgebung am 13. August in Gweru kam es zu einem ersten gemeinsamen Auftritt von Morgan Tsvangirai, dem Vorsitzenden des *Movement for Democratic Change/MDC* (oder zumindest von einer Fraktion davon) und der früheren stellvertretenden Staatspräsidentin Joice Mujuru, die samt zahlreichen Anhänger/innen im Dezember 2014 aus der *ZANU PF* ausgeschlossen worden war (INDABA 85/15) und daraufhin eine neue Partei, *Zimbabwe People First/ZPF*, gegründet hatte. „*Das Volk von Zimbabwe muß einheitlich auftreten und nicht zersplittert*“, erklärte Mujuru. „*Heute haben wir einen Weg der Zusammenarbeit gefunden, um die Probleme, vor denen wir stehen, anzugehen.*“

Hingegen kam es bei einer weiteren Demonstration des MDC-T

Österreich und Südafrika

Wissenschaftskooperation Österreich-Südafrika. Seit Mitte 2015 besteht ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie dem südafrikanischen Department of Science and Technology. Auf dieser Basis erfolgte die Ausarbeitung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms, das auf der südafrikanischen Seite von der National Research Foundation und auf der österreichischen Seite vom ÖAD implementiert werden soll. Es werden Forschungsprojekte von Wissenschaftler/inne/n beider Länder finanziert, wobei Mobilitätskosten der Forscher für Reisen in das jeweils andere Land abgedeckt werden. Insbesondere geht es um Projekte in den Bereichen Biotechnologie, ICT, Erneuerbare Energien, Gesundheit, Ernährung, Bergbau und nachhaltige Landwirtschaft.

Aufgrund der ersten Ausschreibung wurden bis Ende Mai 20 Projektvorschläge eingereicht. Diese werden nun auf beiden Seiten evaluiert. Die maximale Förderung für zwei Jahre beträgt ZAR 200.000,- bzw. EUR 10.000,-.

Auf universitärer Ebene bestehen darüber hinaus Partnerschaften zwischen österreichischen und südafrikanischen Universitäten, und auch Fachhochschulen pflegen den Austausch mit Südafrika.

Berufsbildung. Rund um das Engagement am Ithuba Community College Johannesburg (INDABA 90/16) will Österreich die Zusam-

menarbeit im berufsbildenden Bereich noch verstärken. Bildungsministerin Sonja Hammerschmid stellte INDABA dazu folgendes Statement zur Verfügung:

„Seit dem Schuljahr 2014/15 leistet das Bundesministerium für Bildung einen wertvollen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit im Bereich von Empowerment in Südafrika. In den Townships im Umkreis von Johannesburg wird durch die Entsendung eines österreichischen Projektleiters ein qualitätsgesichertes Projekt im Berufsbildungsbereich an einer Schule gefördert, deren laufender



Bildungsministerin Hammerschmid

Betrieb ausschließlich durch Spenden aus Österreich finanziert wird. Unter Einbeziehung der lokalen Lehrkräfte werden am Ithuba Community College maßgeschneiderte Qualifizierungskurse angeboten, an denen Jugendliche und junge Erwachsene kostenlos teilnehmen können. Ab September 2016 wird zusätzlich mit österreichischer Expertise und in enger Abstimmung mit der regionalen Bildungsbehörde an der Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems gearbeitet und eine Fortbildungsreihe zu Entrepreneurship Education durchgeführt. Als Bundesministerin liegt mir die-

ses ambitionierte Bildungsprojekt besonders am Herzen, und ich wünsche ihm viele Absolventinnen und Absolventen, für die diese Bildungsinitiative die Basis für ein selbstbestimmtes Leben bilden kann.“ (9. August 2016).

Partnerschaft Oberösterreich mit der Western Cape Province.

Der 1996 unterzeichnete Partnerschaftsvertrag zwischen beiden Provinzen wurde verlängert. Das gaben Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) und Helen Zille (DA), die Premierministerin von Westkap, am 12. 7. in Linz bekannt.

Westkap sei für Oberösterreich als Export-Bundesland „ein besonders wichtiger Gateway nach Afrika“, sagte Pühringer. Zille bezeichnete nach einer Besichtigung der voest-Lehrwerkstätten diese als Vorbild in der Ausbildung von Jugendlichen. „Excellent visit to Linz in Upper Austria. A lot of learning, and interesting meetings. Green economy is the future“, schrieb sie anschließend auf Twitter.

Schwerpunkte der geplanten weiteren Tätigkeit sind der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, Kooperation in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Umwelt und Energie, wirtschaftliche Entwicklung, Katastrophenschutz sowie persönliche Austauschmaßnahmen („people to people“).

Im Anschluß an die Pressekonferenz fand ein gemeinsamer Empfang mit dem Österreichisch-Südafrikanischen Club Linz statt, der heuer sein dreißigjähriges Bestehen feiert.



Mugabe: Götterdämmerung...

Ende August in Harare zu brutalen Übergriffen der Polizei, vor allem als Demonstrant/inn/en mit der Plünderung von *Choppies Supermarket* in der Nelson Mandela Street begannen, einer Handelskette, die im Eigentum von Vizepräsident Phelekezela Mphoko steht. Neben der neuerlichen Formierung der Opposition scheint sich auch die Isolierung des greisen Staatschefs, dessen Gesundheitszustand immer wieder zu Gerüchten Anlaß gibt, innerhalb der ZANU PF zu verstärken. Nach monatelangen Querelen eskalierte im Juli der Konflikt mit den sog. Kriegsveteranen, deren Proteste Ende der 1990er Jahre die sog. „schnelle Landreform“ mit anschließendem Zusammenbruch der zimbabweanischen Landwirtschaft ausgelöst hatten. Mugabe setzte im März ihren Vorsitzenden, Chris Mutsvangwa, als Minister ab, weil er angeblich First Lady Grace Mugabe beleidigt hatte. Als Retourkutsche forderten die Veteranen den Rücktritt Mugabes zugunsten des von ihm selber ausgewählten Nachfolgers Emmerson Mnangagwa. Zur Strafe für diese „Disziplinlosigkeit“ wiederum schloß das ZANU PF-Politbüro Mitte Juli Mutsvangwa und dreizehn seiner Gefolgsleute aus, was zum offenen Aufstand der *Zimbabwe National Liberation War Veterans Association* führte, die früher eine der Säulen von Mugabes Machtposition gewesen war. Mutsvangwa verlor gleichzeitig sein Mandat im Parlament, wodurch eine Nachwahl im Wahlkreis Norton

erforderlich wird. Beobachter sehen in dieser Entwicklung auch eine Schwächung der Nachfolgechancen von Vizepräsident Mnangagwa und seiner sog. Lacoste-Fraktion, der von einer gegnerischen Gruppe innerhalb von ZANU PF – der sog. G40 – bekämpft wird; diese soll Grace Mugabe als Präsidentschaftskandidatin präferieren. Derzeit laufen zwischen beiden Fraktionen heftige Intrigen und Manöver in den Provinzen, um die Kontrolle über die Delegierten für den Parteikongreß im Dezember zu bekommen.

Deutsche Entschuldigung für den Völkermord an den Herero.

Die deutsche Bundesregierung will sich für die Massaker an den Herero und Nama in der früheren Kolonie Deutsch-Südwestafrika entschuldigen. Die laufenden Gespräche zwischen beiden Seiten über eine Regierungserklärung sollten bis zum Jahresende abgeschlossen werden, kündigte das Außenministerium in Berlin im Juli an.

Geplant ist eine gemeinsame Erklärung der Regierungen und Parlamente Deutschlands und Namibias, in der die Massaker ausdrücklich als Völkermord bezeichnet werden. Bundespräsident Joachim Gauck soll sich bereit erklärt haben, dann die offizielle Entschuldigung auszusprechen. Darüber hinaus soll eine deutsch-namibische „Zukunftsstiftung“ ins Leben gerufen werden. Die deutsche Regierung hat bereits vor mehr als einem Jahr die Massaker deutscher Truppen an den Herero und Nama in der Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ 1904-07 erstmals als Völkermord bezeichnet. Weiter heißt es dort, die Bundesregierung rechne nicht mit dem Eintreten von Rechtsfolgen. Das heiße konkret, Deutschland übernehme politische Verantwortung, wolle aber keine direkten Entschädigungen an

die Nachfahren der Opfer zahlen, erklärte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen.

Die jahrzehntelange Weigerung Berlins, den ersten Genozid des zwanzigsten Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen und sich somit auch von der Kolonialpolitik des Kaiserreiches zu distanzieren, hatte die an sich guten Beziehungen zwischen Namibia und der BRD stark belastet.

Romesh Chandra †. Einer Mitteilung des Weltfriedensrats (*World Peace Council/WPC*) zufolge ist sein langjähriger Präsident Romesh Chandra am 4. Juli 2016 in Mumbai verstorben. Er war 97 Jahre alt.

Romesh Chandra – viele Aktivist/inn/en der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung werden sich an ihn erinnern – wurde 1919 in Lyallpur (Indien) geboren, studierte in Lahore und Cambridge und war an führender Stelle in der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) tätig. 1952 bis 1963 war er Generalsekretär des indischen Friedensrates und wurde anschließend erst zum Generalsekretär, 1977 zum Präsidenten des Weltfriedensrates gewählt. Unter seiner Amtszeit fanden Themen wie Entkolonisierung, Emanzipation der Dritten Welt und Antimperialismus Eingang in die zuvor hauptsächlich der nuklearen Abrüstung gewidmete Tätigkeit des WPC – was anfänglich durchaus umstritten war.

Begleitend zu den Reformen Gorbatschows in der Sowjetunion wurde 1986 die Führung des Weltfriedensrates ausgetauscht, Chandra verbrachte daraufhin mehrere Jahre in Wien, wo er eine aktive Rolle im *NGO Committee on Peace* (der UNO zugeordnet) spielte. Im Jahr 2000 wurde er zum Ehrenpräsidenten des Weltfriedensrates gewählt. ■

Rückkehr zum Bürgerkrieg?

Seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Moçambique verstärkt sich der immer wieder aufflammende gewalttätige Konflikt zwischen der Regierungspartei Frelimo und der stärksten Oppositionspartei Renamo. Magdalena Waygand berichtet.

Offiziellen Angaben zufolge gewann bei den Wahlen im Oktober 2014 (INDABA 84/14) der *Frelimo*-Kandidat Filipe Nyusi mit 57% der Stimmen, der langjährige *Renamo*-Führer Afonso Dhlakama erhielt 37%. Letzterer geht von Wahlbetrug zu seinen Ungunsten aus. *Renamo* brachte den Vorschlag ins Parlament, das Wahlrecht zu reformieren und „autonome Provinzen“ zu schaffen. Dhlakama forderte die Herrschaft in sechs dieser Provinzen für sich, d. h. das Recht, die Gouverneure direkt zu ernennen.

Frelimo blockte diesen Vorschlag als verfassungswidrig ab, im April 2015 wurde er vom Parlament abgelehnt. *Renamo* kündigte daraufhin an, sich die Provinzen mit Gewalt zu holen.

Was ist dran an seiner Forderung? Nur in zwei der sechs von ihm geforderten Provinzen (Zambezia und Sofala) hatte Dhlakama eine absolute Mehrheit erzielt, in drei weiteren eine relative, in einer (Niassa) war er überhaupt in der Minderheit geblieben. Politikanalyst Joe Hanlon zufolge besteht somit trotz Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen kein Anlaß zur Annahme, daß Dhlakamas Siegesansprüche berechtigt sind. Dennoch sollten seine Forderung von der Regierungspartei ernst genommen werden – immerhin hat Dhlakama mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bürger/innen hinter sich.

Back to war hieß es dann im Februar 2016: *Renamo* startete Angriffe auf Fahrzeuge v. a. auf der N1, der wichtigsten Nordsüdverbindung der Provinz Sofala, später auch auf der N7. Weitere Angriffe auf Polizeistationen, Regierungsbüros, Gesundheitsstationen folgten, Dörfer wurden angegriffen und geplündert. Auch lokale Politiker werden gezielt angegriffen. Gezeigt werden soll, daß *Renamo* sich im Land nach Belieben bewegen und angreifen kann, und daß die Regierung ihre Bevölkerung und Funktionäre nicht mehr schützen kann. Damit setzt *Renamo* auf eine Guerillataktik, die schon aus dem Krieg 1982-92 bekannt ist.

Vor allem aus der Provinz Tete flohen rund elftausend Menschen nach Malawi, bis Juli 2016 sollen fast alle wieder zurückgekehrt sein. Ende August waren laut Unterrichtsminister fast 36.000 Schüler/innen von der Schließung von 97 Schulen betroffen, davon 26 Schulen allein in Manica.

Die Friedensvermittlung durch ein internationales Team begann am 21. Juli 2016, wurde aber bereits nach drei Tagen zum ersten Mal wegen kompromißloser Standpunkte beider Seiten unterbrochen. Der Grund weiterer Unterbrechungen lag im Nichtzustandekommen eines Waffenstillstandes. Die Vermittler wollten sich nach Gesprächen mit Präsident Nyusi

auch mit Dhlakama persönlich treffen. Dazu wurde ein demilitarisierter Korridor vorgeschlagen, dem Dhlakama aber nur unter der Bedingung eines Abzugs der Regierungstruppen aus den Gorongosa-Bergen zustimmen wollte. Da diese gerade ehemalige *Renamo*-Stützpunkte besetzen, weigert sich die Regierung aber, ihre Truppen abzuziehen.



Präsident Filipe Nyusi (*Frelimo*)

auch wirtschaftlich steht Moçambique nicht gut da: Im April 2016 wurden versteckte illegale internationale Schulden publik: Insgesamt 2,3 Mrd. US-Dollar wurden von drei Staatsunternehmen und dem Innenministerium ohne Zustimmung des Parlaments bei *Credite Suisse* und der russischen *VTB-Bank* aufgenommen.

→ Fortsetzung auf Seite 27

Namibische Regierung startet Food Bank

Ein Schritt in Richtung Armutsbekämpfung?

Das Projekt einer Food Bank seitens der namibischen Regierung unter dem Ministerium für Armutsbekämpfung und soziale Wohlfahrt ist seit 1. Juli 2016 in der Implementierungsphase. Die soziale Ungleichheit werde bleiben, meinen Kritiker, die Food Bank führe die bedürftige Bevölkerung in Namibia erneut in ein Abhängigkeitsverhältnis. Kerstin Lahr berichtet.

In Anlehnung an ein kubanisches Modell ist die *Food Bank* Teil des *Harambee Prosperity Plans* der namibischen Regierung, welcher vorsieht, mit klar definierten Schwerpunktgebieten die Entwicklung bis 2030 im Land voranzutreiben und eine Basis für die Einheimischen zur Erlangung von Wohlstand zu schaffen und die soziale Ungleichheit im Land zu beseitigen. Die Infrastruktur soll verbessert, die Wirtschaft angekurbelt und die Energie- und Wasserversorgung vorangetrieben werden. Um Ernährungssicherheit zu gewährleisten, wurde nun eine *Food Bank* als erster Schritt in diese Richtung etabliert.

Vorrangiges Ziel der Food Bank ist die Verteilung von Lebensmittelpaketen an bedürftige Familien, aber auch von sog. *non food items* wie Kleidung und Schulsachen. In Kooperation mit NGOs soll das Lager der Food Bank vorwiegend mit Spenden, die zur Entsorgung bestimmt sind, befüllt werden. 28.000 Begünstigte haben bereits davon profitiert. Sie erhielten Pakete, die mit Maismehl, Speiseöl, Fisch, Fleisch, Brot, Zucker und Seife befüllt sind.

Die Registrierungsarbeiten starteten bereits Mitte Juni. Nach einer einwöchigen Einschulung durch Mitarbeiter des Ministeriums für Armutsbekämpfung und soziale Wohlfahrt und einem kubanischen Experten nahmen mehr als hundert Auswahlkomitees ihre Arbeit auf. Vor allem erwerbslose Jugendliche wurden für diese Tätigkeit angestellt, die in der Pilotphase zunächst in den urbanen Regionen Tobias Heinyoko und Samora Machel in Windhoek jene in die Datenbank aufnehmen, deren monatliches Einkommen 400 Namibische Dollar oder weniger beträgt.

Maßnahme gegen extreme Armut ...

In der nächsten Phase soll die Verteilung auch auf andere Regionen des Landes ausgedehnt werden. Die Jugendlichen gehen von Hütte zu Hütte und befragen die Familien hinsichtlich ihres Einkommens, der Anzahl der erwerbstätigen Personen und ob hilfsbedürftige Kinder im Haushalt leben, die gegebenenfalls Beihilfen erhalten.

Kritische Stimmen zur Food Bank werden bereits laut. Die Verteilung von Lebensmittelpaketen biete keine langfristige Lösung zur Armutsbekämpfung

und sei kein adäquates Mittel, um soziale Ungleichheit zu beseitigen. Auch die mit der Food Bank geschaffenen Jobs scheinen fragwürdig. Die Jugendlichen leisteten harte Arbeit, denn in den nördlichen Vorstädten von Windhoek gäbe es keine öffentlichen Transportmittel; die Hütten lägen oft in abgelegenen unwegsamen Regionen. Um keine Familie auszulassen, gingen sie oftmals bis zu 25 km am Tag und mußten felsige Hänge und holprige Wege auf sich nehmen. Sie wüßten nicht, wie hoch ihr Gehalt sei und wann sie dieses von der Regierung ausbezahlt bekommen würden.

Gerade hinsichtlich Armutsbekämpfung ist es ein Widerspruch, daß für die Food Bank Jugendliche angestellt werden, die offenbar keinen Vertrag haben und nicht wissen, ob und wann sie ihre Löhne ausbezahlt bekommen. Auch der Generalsekretär der lokalen Partei *National Unity Democratic Organisation*, Veparura Kandirikirira, spricht sich gegen die Food Bank aus. Die Food Bank löse nicht das Problem von Armut per se. Die Befürchtungen eines entstehenden Abhängigkeitsverhältnisses und des Eingriffes in die Selbstautonomie der Menschen seien groß. Mit vorgege-

benen Nahrungsmittelpaketen würde Bedürftigen die Möglichkeit einer persönlichen Auswahl an Lebensmitteln genommen.

Noch zu Beginn dieses Jahres war der Optimismus über die Einführung eines Grundeinkommens hoch. Der ambitionierte Minister und Befreiungstheologe Zephania Kameeta, der seit März 2015 das neu etablierte Ministerium für Armutsbekämpfung und soziale Wohlfahrt leitet und der am 6. Dezember in Wien sprechen wird, setzte sich für das Grundeinkommen ein und erzielte bereits erste Erfolge. Die Idee wurde in der Regierung besprochen und Präsident Geingob versprach die Umsetzung. Im INDABA-Interview (87/15) betonte Kameeta die vielen

Facetten von Armut, die nicht nur den Mangel an Ernährung beinhalteten. Andere Grundbedürfnisse wie medizinische Grundversorgung, leistbare Wohnräume, Wasser und Strom etc. müßten ebenso gewährleistet sein.

Bereits 2008 wurde in dem kleinen namibischen Dorf Otjivero ein bedingungsloses Grundeinkommen als Testphase eines neuartigen Projektes eingeführt. Jede/r der ca. 1000 Bewohner/innen des Dorfes bekam 100 Namibische Dollar im Monat. Das Grundeinkommen wurde durch Spenden sichergestellt und ihnen zur individuellen Verwendung zur Verfügung gestellt. Die Resultate waren positiv und vielversprechend. Die Einheimischen investierten in ihre Zukunft, nahmen kostenpflichtige Gesundheitsangebote

in Anspruch und gewährleisteten die Ernährungssicherheit ihrer Kinder. Aufgrund unzureichender finanzieller Mittel wurde das Projekt vorzeitig beendet und seitens der Regierung bedauerlicherweise nicht weiter verfolgt.

Die Regierung in Namibia hat sich hinsichtlich Armutsbekämpfung viel vorgenommen, bisher jedoch leider wenig realisiert. Mittlerweile ist die Umsetzungsplanung eines Grundeinkommens jedoch in den Hintergrund geraten. Lediglich die Food Bank wird vor allem in Namibia medial beleuchtet und als ein wichtiger Schritt in Richtung Armutsbekämpfung propagiert.

... aber keine Lösung auf Dauer

Kerstin Lahr ist Absolventin der Afrikawissenschaften und ist Mitarbeiterin bei der Caritas Wien im Bereich Asyl und Integration.

Zentrum für Kinder mit Behinderungen in Windhoek

Am 4. März 2013 öffneten sich die Türen des *Side by Side Early Intervention Centre*: ein spannender und lang ersehnter Tag für uns. Nun kommen täglich zwölf Kinder ins Zentrum, um zu lernen, zu spielen und neue Fähigkeiten zu entwickeln, aber vor allem, um zu erleben, was es heißt, als ein Kind mit speziellen Bedürfnissen Unterstützung zu erfahren. Das Zentrum liegt in Katutura, einem Viertel von Windhoek, in dem fast ausschließlich schwarze Namibier/innen wohnen: viele Familien mit Kindern, die einer täglichen Herausforderung von Armut, Arbeitslosigkeit und Gesundheitsvorsorge (v.a. im Bereich HIV/Aids) gegenüberstehen, die oft das Taxigeld für notwendige Behandlungen im Krankenhaus nicht aufbringen und noch viel weniger regelmäßige Therapien wahrnehmen können.

Solche Familien haben wir in den letzten vier Jahren mit Hausbesuchen unterstützt, ihr Bedarf ist aber höher. Daher freuen wir uns, daß die Kinder nun an fünf Tagen in der Woche das Zentrum tagsüber besuchen können.

Seit zwei Jahren bieten wir auch *Early Intervention Sessions* an, d. h. es kommen bis zu fünfzehn Kinder von außerhalb des Zentrum ein bis zwei Mal die Woche für 45 min. Einzelförderung. Wir betreuen Kinder im Alter von drei Monaten bis max. sieben Jahren. Dann versuchen wir für sie einen Schulplatz zu finden.

Wir sind derzeit das einzige Frühförderungszentrum in Windhoek bzw. in Namibia, das Kinder mit speziellen Bedürfnissen ab drei Monaten betreut, wir arbeiten aber mit den zwei einschlägigen Schulen in Windhoek eng zusammen. Mit finanzieller Unterstützung des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften und auf Vermittlung der Österreichischen Namibia-Gesellschaft organisierte Side by Side am 25. Juni 2016 einen „Fun Day“ im Zoo Park in Windhoek mit dem Ziel, ein Bewußtsein für Menschen mit besonderen Bedürfnissen in der Bevölkerung zu schaffen. Für Kinder wurden unterschiedliche Aktivitäten angeboten, die nicht nur ihre Sinne schulen, sondern ebenso dazu anregen sollten, aktiv und kreativ ihre Umwelt mitzugestalten. Ebenso bot der „Fun Day“ Raum zum Austausch eigener Erfahrungen und Geschichten zum Thema „Leben mit besonderen Bedürfnissen“.

Der Tag war ein großer Erfolg, und wir konnten ca. 150 Kinder begrüßen.

Sandra Hollweg und Anita Nangombe

Zimbabwe 2016:

Tiefste Krise, aber auch Hoffnungen

Für viele Menschen in Zimbabwe ist 2016 das schlimmste Jahr in der Geschichte. Abgesehen von politischen und sozialen Spannungen bricht die Wirtschaft zusammen, es gibt massive Entlassungen und hohe Arbeitslosigkeit, Firmen und Nichtregierungsorganisationen schließen, die Armut steigt – laut Schätzungen benötigen bereits viereinhalb Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe –, und Bargeld ist äußerst knapp. Trotzdem gibt es Zeichen der Hoffnung und Hinweise, wie die Krise in Zimbabwe langfristig bewältigt werden kann, meint Kathy Bond-Stewart (Harare), die seit Jahrzehnten in Politischer Bildung aktiv ist.

Fragmentierung ist das hauptsächlichste Problem der Menschen in Zimbabwe, wenn es auch noch nicht überall erkannt und benannt worden ist. Unser *Africa Community Publishing and Development Trust (ACPDT)* veröffentlicht daher Bildungsmaterialien zum Thema „Von Fragmentierung zu Integration“. Seit 2014, und mehr noch 2015, hat sich die Situation im Land von Polarisierung in Richtung Fragmentierung verschlechtert.

Die politischen Parteien, deren Fraktionen sich mit derselben Intensität bekämpfen wie früher gegnerische Parteien, sind fragmentiert. Dadurch wurde die Regierung geschwächt. Parlamentarier und Senatoren aus den unterlegenen Fraktionen werden entfernt, Nachwahlen müssen abgehalten werden, die sich Zimbabwe aber schwer leisten kann. Die internen Konflikte führen sogar zu Mord: Zwei Männer, beide von ZANU PF, wurden im November 2015 in Chitungwiza zu Tode gehackt. In manchen ländlichen Provinzen, auch auf Distrikts- oder

Gemeindeebene, wird die Stellung von Politikern, die eine positive Rolle in Bezug auf Entwicklung spielen, von weniger fähigen Rivalen untergraben, die bei den Wahlen 2018 ihre Funktion einnehmen wollen. Politische Fragmentierung und Machtkämpfe führen zu vielfältigen Konflikten, zu Chaos und Unsicherheit. Sie verängstigen die Menschen, die unsicher werden und nicht wissen, wem sie noch vertrauen können. Sie hindern Menschen und Organisationen daran zusammenzukommen, um die

Jeder mit jedem zerstritten

wirklichen ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen, vordenen Zimbabwe steht. Demokratische Entwicklung und eine Erholung des Landes werden dadurch blockiert.

Die politische Fragmentierung hat zur Fragmentierung der Wirtschaft geführt und wurde ihrerseits durch

diese beeinflusst. Große Firmen arbeiten nur zu einem Drittel ihrer Kapazitäten, viele Betriebe haben überhaupt geschlossen, es gibt



Shackbesitzerin in einem Township

Massenentlassungen wie noch nie. Allein für Juli und August 2015 wurde ihre Zahl auf 30.000 geschätzt, und gerade jetzt, im September 2016, hat *Air Zimbabwe* die Kündigung von 600 Mitarbeiter/inne/n angekündigt. Die formelle Wirtschaft bricht zusammen – Regierungsangaben zufolge haben seit 2011 fünftausend Firmen geschlossen –, jetzt dominiert eben die

informelle Wirtschaft. Von fünf Jobs im heutigen Zimbabwe sind vier informell, was harte Arbeit für wenig Lohn und ohne soziale Sicherheit bedeutet.

Ausländische Investitionen in Zimbabwe sind viel niedriger als in anderen Ländern des Südlichen Afrika. 2015 waren es nur 545 Mio. US-\$, während auf Moçambique 4,9 Mrd. \$ und auf Südafrika 5,7 Mrd. \$ entfielen. Zimbabwe hat wertvolle mineralische Ressourcen, aber die Menschen profitieren davon nicht. Selbst Mugabe bekannte bei seinem 92. Geburtstag, daß er nichts über den Verbleib von 15 Mrd. US-\$ aus dem Diamantenbergbau wüßte.

Auch kommunale Dienstleistungen sind fragmentiert. Anstatt ausreichend und gut organisiert Wasser und Elektrizität zu beziehen, zahlen die Konsument/inn/en hohe Preise für schlechte Lieferung; die Haushalte müssen mit eigenen Bohrlöchern und Generatoren einspringen. Die Qualität des öffentlichen Schul- und Gesundheitswesens nimmt ab, mehr und mehr private Schulen und Kliniken etablieren sich. Die politische und wirtschaftliche Fragmentierung trägt zur sozialen Fragmentierung bei. Viele Familien leben bereits getrennt, weil einige ihrer Mitglieder in der Diaspora arbeiten und Geld nach Hause schicken müssen. Die HIV- und Aids-Pandemie hat eines von vier Kindern zu Waisen gemacht, die bei Verwandten oder in Kinderfamilien leben müssen. Viele Familien sind zusätzlich gespalten durch Politik und Religion.

Es gibt Konflikte innerhalb und zwischen Kirchen, und am laufenden Band entstehen neue Sekten, deren bekannteste Propheten zu den reichsten Zimbabweanern gehören. Die Zivilgesellschaft wird zunehmend fragmentiert, weil sich die Konkurrenz um schwindende Entwicklungshilfegelder

verstärkt. Die größten EZA-Agenturen wie DANIDA oder die Botschaft von Norwegen haben sich aus Zimbabwe zurückgezogen.

Zusätzlich spaltet eine tiefverwurzelte, weitverbreitete Kultur der Autokratie und der Gewalt das Land. Nach dem „Peace begins at Home: Violence Against Women Baseline Survey“ (MWAGD und Gender Links, 2013) berichten 69% aller Frauen von einer lebenslangen Erfahrung von sexueller Gewalt durch ihren Partner. Nach dem „National Baseline Survey of Life Experiences of Adolescents“ (ZIMSTAT, UNICEF, CDC und CORE, 2012) wurden ein Drittel der Frauen und ein Zehntel der Männer vor Erreichung ihres 18. Lebensjahrs sexuell mißbraucht, 48% der Mädchen und 61% der Buben auch mißhandelt.

In einer Gesellschaft, die in vielen Bereichen derart gespalten ist, wird auch das Individuum fragmentiert und hat nicht mehr die Fähigkeit, Einsicht und Energie, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Gemeinschaften und Institutionen sind zu zerstritten und schwach, um die wirklichen Probleme anzugehen – etwa die rasch niedergehende Wirtschaft, die Verschlechterung der Umwelt und den Klimawandel, den hohen Gewaltpegel gegen Frauen und Kinder usw. Fragmentierung schmälert Zimbabwes Möglichkeiten für Wiederaufbau und demokratische Entwicklung.

aber es gibt auch Anzeichen für Hoffnung. Erstens beginnt die wirtschaftliche Verelendung der letzten sechs Monate die Menschen wieder zusammenzubringen zum Protest – sowohl in den sozialen Medien (wie

zum Beispiel #tjamuka und #thisflag) als auch in Arbeitsverweigerungen und Demonstrationen. Die Kriegsveteranen haben ihre Orientierung auf die herrschende Partei zurückgezogen, und 18 Oppositionsparteien, die zuvor ziemlich zerstritten waren, bilden eine Koalition und treten für Reformen vor den Wahlen im Jahr 2018 ein (*National Electoral Reform Agenda/NERA*).

Aus der Erfahrung von dreißig Jahren Medienarbeit im Bereichen bürgerliche Erziehung und Gemeinschaftsmedien, und vor allem aus



Im Zentrum von Harare

den letzten zehn Jahren, haben wir zweitens gelernt, daß es durch transformative politische Bildung und Medienarbeit möglich ist, Gewalt zu reduzieren, unzugängliche Bereiche zu öffnen und eine konstruktive Kommunikation und Beziehung über alles Trennende hinweg zu etablieren und dadurch verschiedenste Menschen um eine gemeinsame Entwicklungsagenda herum zu verbinden. Unsere Herausforderung ist es, diese Programme zu verstärken.

Drittens besitzt auch die Verfassung, die 2013 nach vielen Jahren des Kampfes verabschiedet wurde, das Potential, Menschen zu

Anzeichen der Hoffnung

vereinen und den Grundstein einer demokratischen Regierungskultur zu legen. Daher ist es wichtig darin



Versorgung über informelle Märkte

fortzufahren, Verfassungsbewußtsein zu wecken und nicht nur die Gesetze, sondern auch das Verhalten dieser demokratischen Verfassung anzupassen. Es gibt hochrangige Beamte die sich der Verfassung und den *Sustainable Development Goals* verpflichtet fühlen.

Zimbabwe ist viertens sehr reich in natürlichen, landwirtschaftlichen, Infrastruktur- und menschlichen Ressourcen, aber die Mehrheit der Bevölkerung ist verarmt. Es gibt ein großes Potential, Demokratie durch partizipatorisches Ressourcenmanagement (wie wir es in unserem Buch *Our Wealth, Our Future* beschreiben) zu bauen und die Menschen dazu zu mobilisieren, für lokale und effizientes Ressourcenmanagement und für die Sustainable Development Goals einzutreten.

Fünftens muß auch das Potential der Frauen von Zimbabwe für demokratische Entwicklung freigesetzt werden, indem die Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit vertieft wird, negatives Männlichkeitsbewußtsein, das weithin die Ursache für Autokratie

und Gewalt ist, herausgefordert wird und positive Männeridentitäten gefördert werden.

Und zuletzt ist sechstens die junge Generation in Zimbabwe ein deutliches Zeichen der Hoffnung – die Kinder und Jugendlichen unter 25, die zwei Drittel der Bevölkerung des Landes ausmachen. Sie sind die am meisten Gefährdeten und der am meisten ausgeschlossene Sektor. Wenn sie aber Unterstützung erhalten, sind sie laut, kreativ und zutiefst dem Frieden und der Demokratie verpflichtet. Ca. 4.000 Kinder kampagni-

sierten in Zimbabwe erfolgreich für die Aufnahme ihrer Rechte in die Verfassung. Jetzt verbreiten Kinder und junge Menschen ihr Verfassungsbewußtsein in einer Serie von Bildungsmaterial, *Discovering the Children's Rights Rainbow*, an dem tausend Kinder mitgearbeitet haben.

Der nächste Schritt wird sein, der Stimme der jungen Bürgerinnen und Bürger für Teilnahme an der Regierung und an nachhaltiger Entwicklung Gehör zu verschaffen.

Es gibt daher eine große Chance, kulturelle Formen des Engagements in Zimbabwe zu verbreitern. Die tiefsten Veränderungen einer Gesellschaft sind kulturell, d. h. bestehen in der Veränderungen von Werten, des Verhaltens und der Beziehungen. Man kann keine friedliche demokratische Gesellschaft einfach nur mit rechtlichen und politischen Maßnahmen oder formellen wirtschaftlichen Maßnahmen bauen. Veränderungen in diesen Bereichen müssen von kulturellen Veränderun-

gen begleitet sein, um demokratische Entwicklung nachhaltig und fruchtbar zu machen, wie wir es in unserem Handbuch für bürgerliche Erziehung *Regenerating our society: enhancing a democratic and constitutional culture* erklären.

In *From Fragmentation to Integration* symbolisieren eine lebensfreundliche, integrierte Gesellschaft durch einen Topf, gefüllt mit Wasser, und Fragmentation durch einen zerbrochenen Topf, aus dem das Wasser herausrinnt (Abb.). Und wir schließen mit den Worten: „*Es ist nicht zu spät, den zerbrochenen Topf zu flicken, uns darauf zu konzentrieren, was uns verbindet, und nicht auf das, was uns*



trennt, um unsere Gesellschaft ganz und lebensfreundlich zu machen. Das wird Menschlichkeit wiederherstellen, und wir werden jedes Hindernis überwinden...“

Bildung für demokratische Veränderung

Kathy Bond-Stewart lebt in Harare und arbeitet in der Ausbildung von dörflichen Community Workers, erst im Auftrag des Entwicklungsministeriums, seit 1995 in dem von ihr gegründeten Africa Community Publishing and Development Trust (ACPD). Sie ist Autorin von über 50 Büchern zu Themen der politischen Bildung in Zimbabwe. Eine österreichische Stellungnahme finden Sie auf S. 26.

Freihandelsabkommen schaffen Fluchtursachen



Von Adalbert Krims

„Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst“ lautet der Titel eines Gastbeitrages einer nigerianischen Ökonomin in der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* (1. 8. 2016). Die Autorin Hafsat Abiola sieht den grundlegenden Widerspruch darin, daß die EU einerseits verspricht, die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern zu bekämpfen, andererseits aber versucht, in Afrika verheerende Freihandelsabkommen durchzusetzen. Im Unterschied zu den Kriegsflüchtlingen vor allem aus Syrien und Afghanistan liegen die Ursachen für die Flucht von Millionen Afrikanern überwiegend in der Armut und wirtschaftlichen Aussichtslosigkeit. Deshalb muß auch die Bekämpfung der Fluchtursachen im einen Fall vor allem Friedenspolitik und Einstellung von Waffenlieferungen bedeuten, im anderen wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Immer wieder ist davon die Rede, daß die Migrationsströme das gesamte europäische Projekt gefährdeten. „Wenn die afrikanischen Migranten in ihren eigenen Ländern Aussicht auf eine anständige Arbeit hätten, kämen sie gar nicht erst auf die Idee, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um nach Europa zu gelangen“, schreibt Abiola. Eigentlich sollte ja die Entwicklungspolitik dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Länder zu fördern und damit auch die Lage der armen Bevölkerungsschichten zu verbessern. Allerdings stellt die Entwicklungspolitik nur einen sehr geringen Teil der Gesamtbeziehungen dar und wird darüber hinaus in ihren Zielen ständig durch die Außenwirtschafts- und Handelspolitik konterkariert. Während im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durch das Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit den ehemaligen Kolonialländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik zumindest offiziell den AKP-Staaten gewisse einseitige Vorteile eingeräumt wurden, werden diese im Rahmen der neuen „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (EPA) abgeschafft. Diese Handelsvereinbarungen basieren strikt auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und Gegenseitigkeit, wie sie die Welthandelsorganisation (WTO) weltweit durchsetzen will. Auf den ersten Blick sieht das ja gar nicht so schlecht aus. Das Problem ist nur, daß die Marktmacht der Partner

höchst ungleich ist und sich daher „Nichtdiskriminierung und Gegenseitigkeit“ negativ auf den Schwächeren auswirken. Der UN-Entwicklungsexperte Andrew Mold betont: „Die afrikanischen Länder können nicht mit einer Volkswirtschaft wie Deutschland konkurrieren. Als Folge bedrohen der Freihandel und die EU-Importe die existierenden Industrien und lassen künftige gar nicht erst entstehen, weil sie der Konkurrenz der EU ausgesetzt sind.“ Und sogar der Afrika-Beauftragte der deutschen Bundeskanzlerin, Günter Nooke, stellte in einem Interview mit dem ARD-Magazin „Report“ (4. 11. 14) fest: „Wenn man viel Steuergeld mit verschiedenen Entwicklungsprogrammen nach Afrika bringt, dann sollte man nicht mit den Wirtschaftsverhandlungen auf der einen Seite kaputtmachen, was man auf der anderen Seite als Entwicklungsministerium versucht aufzubauen.“

Jahrelang haben sich zahlreiche afrikanische Regierungen gegen diese EPAs gewehrt. Aber unter dem Druck der EU-Drohungen, Strafzölle auf afrikanische Importe einzuheben und Entwicklungshilfeleistungen einzufrieren, haben sie dann nach und nach unterzeichnet, wobei es natürlich auch in diesen Ländern starke Wirtschaftslobbies (mit politischen Verbindungen) gibt, die an den EPA's interessiert sind. Hafsat Abiola fasst im eingangs zitierten ZEIT-Artikel die ökonomischen und politischen Folgen der Freihandelsabkommen so zusammen: Sie bringen „kurzfristige Profite für europäische Konzerne und Beteiligungen für eine kleine afrikanische Elite. Mit den bekannten Folgen: steigende Ungleichheit in der Region, grassierende Armut, schwelende Konflikte“. ATTAC hatte bereits im Dezember 2014 in Bezug auf das EU-Freihandelsabkommen mit Westafrika gewarnt: „Dieses Abkommen wird zu einer massiven Migration der Bevölkerung führen.“ Millionen Menschen, die ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden, kann man auf die Dauer nicht durch Mauern, Zäune, Küstenwachen und Militär aufhalten oder als „Wirtschaftsflüchtlinge“ einfach wieder abschieben, sondern man muß ihnen Überlebenschancen in ihrer Heimat bieten.

Die „Freihandelsabkommen“ bewirken das Gegenteil.

Viele Talente, wenig Möglichkeiten

Herausforderungen der Kulturszene in Chimoio

2009 kam Andreas Scheibenreif als Radiotechniker mit der österreichischen Organisation HORIZONT3000 nach Chimoio in Moçambique. Zwei Jahre sollte der Einsatz dauern. Durch engen Kontakt mit der lokalen Musikszene aber kam alles anders. 2016 ist er noch immer in Moçambique – mit seiner eigenen Firma Mango Sound Mozambique. Es geht ihm darum, Bewegung in eine Region Afrikas zu bringen, wo es viele Talente, aber wenige Möglichkeiten gibt.

Meine ersten Erfahrungen mit der Musikszene in (Zentral-) Moçambique machte ich 2009 in Chimoio, Moçambiques fünftgrößter Stadt. Von Wien kommend, fällt einem als erstes der große Kontrast im Veranstaltungsangebot auf. Im ersten Jahr gab es ganze drei Konzerte, Bands aus Zimbabwe, deren Musik in der Provinz Manica (an Zimbabwe grenzend) sehr beliebt ist, kamen mit mehreren Lastwagen und brachten das komplette Equipment mit, denn in Chimoio gab es kein Soundsystem, das für mehr als 200 Leute ausreichte. Sie traten in der lokalen Sport-

halle mit authentischer Sporthallenakustik auf, aber die Leuten hatten natürlich trotzdem ihren Spaß dabei.

Was macht Chimoio an den 363 Tagen, wo es keine Veranstaltung gibt? Das Highlight der lokalen Bevölkerung ist, in einer Bar etwas trinken zu gehen. In meinem Fall erkundete ich die

Umgebung mit meinem Rad und machte Musik. Genausowenig wie es in Moçambique lang dauert, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, dauerte es auch nicht lang, bis ich lokale Musiker kennenlernte. Ich hatte ein großes Wohnzimmer, eine akustische und eine E-Gitarre, später kamen ein Baß aus Swaziland dazu und ein gebrauchtes Schlagzeug. Nach kurzer Zeit kamen fast täglich Musiker vorbei. Unangemeldet natürlich. Wir hatten keinen Plan und kein Ziel und machten einfach nur Musik.



Andreas Scheibenreif im Studio

Der große Wendepunkt kam 2010, als in Chimoio das *Festival Nacional de Cultura* stattfand, welches alle zwei Jahre in einer anderen Stadt realisiert wird. Der Sänger Chinho Raposo war in Chimoio bereits bekannt und wurde eingeladen. Wenige Tage vor Beginn gründeten wir die Band *Gritos de Cabeça do Velho*. Cabeça do Velho ist ein Hügel, der aussieht wie der Kopf eines alten Mannes, und Chimoios einzige Touristenattraktion.

Auf dem Festival spielten wir vor gut 3000 Zusehern in einem Fußballstadion, auf der damals einzigen professionellen Bühne Moçambiques, die extra über 1000 km auf schlechter Straße von Maputo gebracht wurde. Musikalisch wurde viel improvisiert, die Zeit zum Proben war sehr gering. Dem Verantwortlichen hat's anscheinend gut gefallen, er bat uns, am nächsten Tag nochmals zu spielen, zum Abschluß des Festivals. Sein Kommentar zu unserer Musik: Eine Mischung aus Afro und Dire Straits.

Nach dem Festival war alles anderes. Jetzt waren wir eine Band mit Namen und Repertoire. Die nächsten Schritte wären gewesen, Aufnahmen zu machen und weitere Konzerte zu geben. In dieser Situation bekamen wir mehr denn je die fehlenden Möglichkeiten für Musiker in Zentralmoçambique zu spüren.

In dem einst sozialistischen Land Moçambique herrscht inzwischen beinharder Kapitalismus. Der Markt regelt alles, und der hat für die Musik in Zentralmoçambique nicht viel übrig. Das große Potential sieht er dabei nicht. Moçambique ist ein kulturell sehr reiches und vielseitiges Land, mit vielen Talenten, aber mit wenigen Möglichkeiten und einem gravierendem Mangel an Infrastruktur und technischem Wissen. Diese Mängel verschärfen sich umso mehr, je weiter man sich von der Hauptstadt Maputo entfernt. Bereits

Über den Traum, in Moçambique von der Musik zu leben

Ich komme aus Chimoio, der Hauptstadt der Provinz Manica, einer Stadt umgeben von Plateaus und Hügeln, darunter dem in ganz Moçambique bekannte Cabeça do Velho, der den Kopf eines alten Mannes widerspiegelt. In dieser Stadt wuchs ich auf und hier entschloß ich mich, meinen eigenen Weg zu gehen. Mich fesselte der Traum, Musik zu machen. Ohne Mittel in meine Karriere zu investieren, in einer Stadt, wo es bisher noch niemand geschafft hat, allein von der Musik zu leben, wo Musiker in entfernte Orte ziehen, um ihrer Karriere nachzugehen – denn lokale Musiker bekommen in Chimoio meist nur sehr wenig Anerkennung. Nur Musik, die von Maputo – oder besser noch vom Ausland – kommt und dort erfolgreich war, schafft es hier, die Massen zu begeistern. Mein großer Wunsch ist es den Leuten in Chimoio und Zentralmoçambique zu übermitteln, daß unsere eigene Kultur etwas sehr Wertvolles ist. Kein leichtes Vorhaben, aber wie man hier so sagt: Im Leben erreichst du nur was, wenn du dich nicht durch die Herausforderungen entmutigen läßt. Dies sind also meine persönlichen Herausforderungen als Musiker in Chimoio. Ich lernte bald, daß nur ich selbst daran was ändern kann. Ich kratzte all mein Geld zusammen, kaufte eine Gitarre, lernte von anderen Musikern und fing an meine eigenen Lieder zu schreiben, über Themen, die mich inspirierten.

Seit sechs Jahren versuche ich Finanzierung für die Produktion meines Albums aufzutreiben. Ich bin weit davon entfernt mir selbst ein professionelles Album leisten zu können und es gibt keine Unterstützung für aufkommende Musiker in Moçambique. Es war bisher nicht möglich, einen Sponsor an Land zu ziehen. Viele Leute geben leere Versprechungen ab, man verfängt sich in zusätzlicher unnützer Arbeit wie dem Schreiben von Briefen und Dokumenten, die letztendlich außer Zeitaufwand und zusätzlichen Kosten nichts bringt.

Unter diesen Umständen werden viele Musiker entmutigt, die meisten gehen früher oder später einer anderen Karriere nach. Unsere Band anzufangen war einfach, aber wenn man sie auf Dauer aufrechterhalten will, wird man damit konfrontiert, daß viele der Musiker diese Herausforderungen auf Dauer nicht mittragen. Derzeit habe ich keine fixe Band und spiele mit ver-

schiedenen Musikern zusammen. Nicht weil ich dies bevorzuge, sondern weil es in meiner Situation leider nicht anders funktioniert. So viele professionelle Bands zerbrachen bereits daran, daß ein oder mehrere Elemente keine Zeit mehr hatten oder wegen eines Jobs in eine andere Stadt gingen, ich kenne einige Musiker davon persönlich.

Unser Talent und unsere Motivation verschaffte uns die Teilnahme am nationalen Kulturfestival 2010 und 2012. Nach dem ersten begannen wir die Dinge ernster zu nehmen, z.B. mehr Zeit mit Proben zu verbringen und auch einige Demos mit verschiedenen lokalen Musikern aufzunehmen.

Es blieb das Problem, daß es in Chimoio niemanden gibt, der Konzerte organisiert. Also mußte ich als Musiker wieder selbst aktiv werden. Wir fanden ein Restaurant, welches bereit war zu probieren, ob Live Musik funktioniert. Dem Publikum gefiel es. So entstand das erste wöchentliche Live Musik Event in Chimoio in dem Restaurant Xeirinho, und zum ersten Mal hatten Musiker ein regelmäßiges (wenn auch bescheidenes) Einkommen. Dies gab mir mehr Kraft, nach weiteren (Auftritts-) Möglichkeiten zu suchen. Inzwischen organisiere ich auch eine wöchentliche Live Show im *Centro Cultural Montalto* mit verschiedenen Musikern.

In Beira hatte ich 2013 die Möglichkeit, in einem von Andreas Scheibenreif organisiertem 6-Monatskurs für Live-Tontechnik ausgebildet zu werden. Inzwischen bin ich die einzige Ansprechperson in Chimoio für tontechnische Fragen und bin Techniker des Município de Chimoio. Meine Vertrauen, daß ich es schaffe, in Moçambique von der Musik zu leben, ist größer als die Herausforderungen, welche mir auf diesem Weg begegnen mögen. Letztendlich kommt es nur darauf an, wie ich damit umgehe, denn diese Herausforderungen werden nicht einfach irgendwann aufhören. Sie werden mich wohl noch lang begleiten, weil sie ein Teil des Lebens in Moçambiques sind. Aber ich wage mich dem Unbekannten zu stellen und werde meinen Weg finden.

Chinho Raposo

Übersetzung aus dem Portugiesischen: Andreas Scheibenreif

in Moçambiques zweitgrößter Stadt, Beira, wird schnell sichtbar, daß es an Grundlegendem fehlt. Dazu kommt die finanzielle Situation. Lokale Musiker können sich selten eine professionelle Aufnahme oder qualitativ hochwertige Instrumente leisten, welche, meist nur in Maputo erhältlich, zu einem Vielfachen des europäischen Preises verkauft werden. Am billigsten bekommt man Instrumente oder Equipment aus Südafrika, aber auch dies ist für die Mehrheit der Musiker nicht leistbar. Es gibt nicht wenige, die keine Instrumente besitzen.



Chinho Raposo

Von staatlicher Seite kommt wenig Unterstützung, und die ist auch nur für Leute mit guten Beziehungen zugänglich. Sponsoren gibt es sehr wohl, aber die konzentrieren sich auf eine Handvoll sehr kommerziell ausgerichteter Stars, welche durch die Werbung in TV und auf Plakaten im ganzen Land überpräsent sind. Die Situation ist typisch: Für wenige gibt es sehr viel. Künstlerisches Talent oder Qualität ist dabei keine Priorität, auch

hier scheinen eher die Beziehungen zu zählen. Kulturelle Organisationen oder Botschaften sind in Maputo angesiedelt und zeigen nur sehr wenig Interesse für die restlichen Provinzen. Das Resultat ist eine in Zentralmoçambique erstarbte Musikszene ohne nennenswerte Entwicklung, obwohl es sehr viel Potential gibt.

Oft kamen mir/uns Ideen, was man hier nicht alles aufbauen könnte, aber zeitgleich mischte sich immer die Abwägung dazu, daß es wohl verdammt schwer sein würde, diese Ideen unter den derzeitigen Bedingungen in Moçambique in der Praxis umzusetzen. Ende 2013 endete mein Vertrag. Noch immer hatte ich viele Ideen, und es war einfach keine Option zu gehen, ohne nicht zumindest versucht zu haben, sie zu realisieren.

Mango Sound Mozambique wurde 2014 gegründet, betreibt ein Tonstudio in Beira und unterstützt talentierte Musiker, welche keinen Zugang zu professionellen Aufnahmen haben. Es soll gemeinsam mit lokalen Musikern und Technikern, die gratis ausgebildet werden, etwas aufgebaut und zu einer positiven Entwicklung beigetragen werden. Es geht darum, Bewegung in eine der vielen Regionen Afrikas zu bringen, wo es viele Talente aber wenig Möglichkeiten gibt. Und es geht darum den Regeln des Marktes zu widersprechen und den Fokus auf eine der vielen Region zu

lenken, denen er viel zu wenig Aufmerksamkeit zugesteht.

Um all dies zu realisieren, ist Mango Sound stets auf der Suche nach Partnern und neuen Wegen der Finanzierung für interessante Projekte.

aktuell wird an der Realisierung eines Albums von Chinho Raposo gearbeitet. Chinho hat bereits mehr als 44 Lieder in 5 Sprachen (Sena, Chimanica, Portugiesisch, Englisch sowie auch eines in Deutsch) geschrieben. Er bezeichnet seine Musik als Afro Fusion. Seine Texte behandeln meist soziale Themen wie Gewalt, Freundschaft, Kinderehe, Armut, Malaria, HIV uvm. Die Inspiration dafür stammt direkt aus dem täglichen Leben, er will mit seiner Musik die Leute dazu bringen, über diese Themen zu reflektieren.

Sein Zugang, Musik zu einem Medium der Kommunikation zu machen, um einen positiven Beitrag in der Gesellschaft zu leisten, ist auch einer der Grundgedanken von Mango Sound. Chinho bekam von seinem Vater eine Ausbildung als Buchhalter finanziert. Das ist in Moçambique einer der angestrebtesten Berufe. Er merkte jedoch bald, daß dies nicht der richtige Weg für ihn ist, brach diese Laufbahn ab und widmete sich seiner Musikkarriere. Ein Schritt, der ihm viel Kritik und Mißbilligung einbrachte. Chinho setzt sich mit großem Engagement für eine Entwicklung der Live Musik Szene in seiner Heimatstadt Chimoio ein und organisiert nun jede Woche ein Konzert mit Teilnahme verschiedener Musiker. Er repräsentierte die Provinz Manica auf dem nationalen Kulturfestival in Nampula in 2012 und schaffte es mit einer Live-Aufnahme seines Liedes *Rhudo Ro Hama* ins Finale des Wettbewerbs *Ngoma*.

Crowdfunding

Zur Finanzierung eines Albums von Chinho starteten *Mango Sound Mozambique* und Chinho Raposo eine Crowdfunding-Kampagne. Für Mango Sound ist dies ein Pilotprojekt. Crowdfunding erscheint als interessanter Weg, die fehlende Finanzierungsmöglichkeiten vor Ort zu kompensieren und unser Studio nachhaltig betreiben zu können. In den ersten zwei Wochen wurden bereits 59% des notwendigen Betrags finanziert.

Link zur Kampagne:

<http://bit.ly/MozambiqueMusic>

Mehr Infos:

www.mango-sound.com sowie unter Mango Sound Mozambique bei Facebook und Soundcloud

Tierpfleger mit Großkaliber

Der österreichische Regisseur Ulrich Seidl begleitet in „Safari“ Großwildjäger im Südlichen Afrika. Der Film beleuchtet das Milieu des Jagdtourismus, stellt aber kaum weiterführenden Fragen. Von Simon Loidl.

Am Ende will der deutsche Jagd-Lodge-Betreiber am liebsten gleich die ganze Menschheit abschaffen. Diese sei überflüssig, so einer der Interviewpartner Ulrich Seidls in dessen neuem Film „Safari“, und würde nur die Natur zerstören. Der Welt ginge es besser ohne den Menschen. Der antihumanistische Ausklang des Films ist Kulminationspunkt der abstrusen Rechtfertigungsversuche der Protagonisten, ihr Treiben zu rechtfertigen. Denn den von dem österreichischen Filmemacher Porträtierten ist durchaus bewußt, daß ihr extravagantes Hobby – das Töten von Großwild im Südlichen Afrika – auf breite gesellschaftliche Ablehnung stößt.

Seidl begleitet in seinem bei den Filmfestspielen in Venedig uraufgeführten Film mehrere Österreicher/innen und Deutsche auf ihren Jagdabenteuern im Südlichen Afrika. Drei Familien stehen im Zentrum von „Safari“: eine österreichische Vater-Mutter-Tochter-Sohn-Familie – dem Habitus nach zu schließen gut betucht. Weiters ein österreichisches Ehepaar, das Seidl-Fans bekannt vorkommen dürfte, da es bereits in dem Film „Im Keller“ über seine Jagdleidenschaft berichtete. Schließlich das deutsche Ehepaar, das eine Jagdfarm in Namibia betreibt. Die drei Familien sind das wichtigste Inszenierungselement des Films: das eher rustikal dargestellte österreichische Ehepaar kontrastiert zur Familie aus besseren Verhältnissen, die geschäftstüchtigen Lodge-Betreiber mit Hang zu Rassentheorien wiederum sind der „reflektierende“ Teil des Streifens.

Insgesamt wirkt „Safari“ aber weniger inszeniert als frühere Werke Seidls. Insbesondere bei den langen Jagdszenen hat man als Zuseher den Eindruck, von den Jäger/inne/n nichts vorgespielt zu bekommen. Und auch die Aussagen der meisten Protagonisten wirken authentisch. Tochter und Sohn etwa versuchen ihr Töten tierpflegerisch zu begründen; man erlege ja nicht, „wahllos ziellos irgendwelche

Tiere“, so die Tochter. Tatsächlich erlöse man ja nur ältere oder kranke oder verletzte Tiere, pflichtet ihr der Sohn bei. Kurz darauf begleitet die Kamera den Sohn, der sein erstes Zebra erschießt, weil ihm das Fell so gut gefällt.

Der Film ist eine Milieustudie über eine erlesene Szene an Großwildjägern, die selbstverständlich mit dem überwiegenden Teil von Besucher/inne/n des Südlichen Afrika nichts gemein haben. Diese Beschränkung ist zugleich Stärke und Schwäche des Films. Zum einen ist „Safari“ sehr stringent



und bietet einen Einblick in eine Welt, die dem Großteil des Publikums vermutlich unbekannt ist. Mit einer Mischung aus Neugier und Abscheu beobachtet man die Protagonist/innen, ertappt sich eventuell sogar phasenweise dabei, bei den Jagdszenen mitzufiebern, und stellt sich spätestens bei der Szene, in der eine Giraffe erschossen wird, die Frage: Dürfen die das eigentlich?

Und genau hier beginnen die Schwächen: Weiterführende Fragen werden nicht gestellt. Wie in seinen anderen Filmen bleibt Seidl an der Oberfläche dessen, was ihm seine Protagonisten in die Kamera sagen. „Ich zeige es so, wie ich es sehe“, erläutert der Filmemacher seinen Zugang in den Pressematerialien zu „Safari“. Das ist angesichts des

„brodelnden Aktivitäten“ wie Streiks, Demonstrationen oder die Formierung von Student/inn/enorganisationen, die schließlich in den Ereignissen des Jahres 1976 kulminierten.

Den Aufstand selbst beurteilt **Brown** als einschneidendes Ereignis für das Apartheidregime wie für die weitere Entwicklung der Befreiungsbewegung gleichermaßen. Immerhin befand sich wenige Wochen nach der Demonstration vom 16. Juni „ein Großteil Südafrikas in einem offenen Kampf mit dem Staat“, so der Autor. In Soweto entstanden während des Protests Ansätze alternativer Verwaltungsstrukturen. Diese schlossen eine Lücke, die durch den Rückzug staatlicher Strukturen aus dem Township während des Aufstands entstanden war.

In diesem Rahmen entwickelten sich neue politische Strukturen, die in den nachfolgenden Jahren des Kampfes gegen das Regime eine bedeutende Rolle spielten. **Brown** bezeichnet den Soweto-Aufstand deshalb als Ereignis, in dem „die Grundlagen für die Entwicklung einer organisierten Opposition innerhalb Südafrikas“ geschaffen worden seien, „die sich schließlich mit den exilierten Befreiungsbewegungen verband“, um den Kampf gegen das Apartheidregime abzustimmen. „In den 1980er Jahren führte diese koordinierte Opposition dazu, daß das Land unregierbar wurde“, so **Brown**.

Der Autor beschränkt sich in seiner Analyse nicht auf die Aktivitäten einer sozialen Gruppe, sondern beschreibt die unterschiedlichen Protestformen und führt aus, wie sich die Aktivitäten von Gewerkschaften, Schüler/innen- und Studierendengruppen sowie von den Organisationen der Befreiungsbewegung gegenseitig beeinflusst und einander ergänzt haben. Der Sowe-

to-Aufstand war nach dieser Lesart das Ergebnis eines längerfristigen Entwicklungsprozesses der Befreiungsbewegung und gleichzeitig der Beginn einer neuen Phase derselben.

Simon Loidl

Margit Niederhuber & Ina Ndeye Fatou Thiam, **Networking à Dakar. Portraits einer Stadt/Portraits d'une ville** (Wien, Mandelbaum Verlag, 2016). 160 S. Zweisprachig (deutsch/französisch).

Aus Interviews mit Aktivist/inn/en des Kulturzentrums *Africulturban* (Hip-Hop, Tanz, Graffiti), einer Journalistin, einem Imam, dem Generalsekretär der UNESCO-Kommission, einer Straßenhändlerin, einem Strandrestaurantbesitzer, der Schriftstellerin Ken Bugul, der Direktorin eines Tanzfestivals, einer Künstlerin und Aktivistin, einer Studentin, einem Menschenrechtsanwalt, einer Frau, die ein Netzwerk gegen klandestine Migration gründete, einem Wissenschaftler, einem ehemaligen Innenminister und Generalstabschef der Armee, einem Taxifahrer und Fotografien von Ina Ndeye Fatou Thiam hat die Autorin Margit Niederhuber dieses Lese- und Fotobuch zusammengestellt. Es ist ein soziokultureller Ausflug in die westafrikanische Metropole Dakar.

Die subjektiven Sichten sind konkret, authentisch, zeigen Dakar freundlich und aktiv, wecken Interesse und machen Mut, sich auch in der senegalesischen Hauptstadt mit ihrer legendären Gastfreundschaft „Teranga“ einzulassen.

Einen besonderen Genuss bereitet der Auszug aus Ken Buguls Roman „Rue Félix-Faure“, der wohl am schönsten Dakar in Veränderung und Widersprüchlichkeiten zeigt.

Susi & Hannes Grinninger

Jennifer Hays, **Owners of learning. The Nyae Nyae Village Schools over Twenty-Five Years** (Basel, Basler Afrika Bibliographien, 2016). 280 S.

Die Autorin, derzeit an der Universität von Tromsø in Norwegen, untersucht in diesem Buch die Nyae Nyae-Dorfschulen, eine innovative und einzigartige Bildungsinitiative im nordöstlichen Namibia. Inspiriert durch die Unabhängigkeit des Landes wurde das Projekt in den 90er Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der Jul'hoansi entwickelt. Auf Basis ihres traditionellen Wissens und gefördert von einem wohlgesonnenen politischen Umfeld war das Projekt als „best practice“ gedacht. In den folgenden zwei Jahrzehnten entwickelten sich die Dorfschulen von einem außenfinanzierten „Projekt“ zu staatlichen Schulen und stießen auf viel Aufmerksamkeit bei Gebern und in der Zivilgesellschaft. Auch der Regierung ist es ein Anliegen die Minderheit der San möglichst zu integrieren.

Dennoch besteht das Problem, daß sich Schülerinnen und Schüler im Mainstream-Schulwesen nicht bewähren. Hays untersucht diese Frage vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrung und ihrer Involvierung in verschiedenen NGOs und anhand von Interviews mit den Nyae Nyae. Sie stellt die *Village Schools* in den Kontext des unabhängigen Namibia, der Geschichte des Südlichen Afrika und der globalen Bewegung für indigene Rechte. Es wird deutlich, wie groß das Paradoxon ist, das formelle Schulbildung für die Gemeinschaft der Nyae Nyae darstellt. „Owners of Learning“ ist die englische Übersetzung des Jul'hoansi-Wortes für „Lehrer“, und daran stellt sich die fundamentale Frage: Wem gehört Bildung?

Solidaritätserklärung Zimbabwe

Nicht nur der von Alter und Krankheit schwer gezeichnete Präsident Robert Mugabe, sondern auch das von ihm seit 36 Jahren regierte Zimbabwe befinden sich am Rande eines Kollaps mit bedrohlichen Auswirkungen für die Bevölkerung des Landes und für die gesamte SADC-Region.

Einst aufgrund von landwirtschaftlichen Überschüssen als „Brotkorb“ des Südlichen Afrika geschätzt, muß Zimbabwe heute einen Großteil der marktgängigen Lebensmittel importieren. Die Landreform ist in Korruption und Günstlingswirtschaft stecken geblieben. Die Strukturanpassungsprogramme nach dem Rezept von IMF und Weltbank haben den jungen Staat geschwächt und in den Schuldturm gelockt. Allein der Zinsendienst für die angehäuften Staatsschuld beläuft sich auf ein Drittel des Steueraufkommens und kann seit Jahren nicht mehr entsprechend bedient werden, wodurch Zimbabwe seine Kreditwürdigkeit eingebüßt hat. Zimbabwes Reichtum an Bodenschätzen wird von Firmen im Umfeld von Sicherheitsapparat und Regierungspartei skrupellos geplündert. Nach Jahren der fortschreitenden De-Industrialisierung sind an die 80 % der Bevölkerung arbeitslos oder im informellen Sektor beschäftigt. Die Errungenschaften der ersten Jahre der Unabhängigkeit im Bildungs- und Gesundheitswesen sind erodiert, die Infrastruktur verfällt. Am Niedergang des Landes haben auch die Jahre der Nationalen Einheitsregierung mit der Bewegung für den demokratischen Wandel MDC von 2009–2013 nur vorübergehend etwas geändert. Inzwischen regiert Mugabes ZANU-PF wieder uneingeschränkt alleine, während die zersplitterte

Opposition um eine gemeinsame Plattform ringt.

Seit Jahresbeginn regt sich erneut vielfältiger Widerstand in der Bevölkerung, bei dem neue Kräfte, nicht zuletzt mittels der Neuen Medien, auf den Plan treten. Die Proteste dehnen sich über das ganze Land aus und fordern immer stärker den Rücktritt Mugabes und seiner Regierung. Umso härter werden die Protestierenden verfolgt und unterdrückt, zuletzt mit einer Notverordnung, die Demonstrationen in Harare für zwei Wochen überhaupt verbietet. Inzwischen ist diese Verordnung nach Einspruch bei Gericht als verfassungswidrig aufgehoben, das Demonstrationsverbot aber dessenungeachtet sogar um vier Wochen verlängert worden. Während die Regierungspartei von erbitterten Fraktionskämpfen zerrissen wird, drohen statt einer geordneten Abdankung und Klärung der Nachfolge Mugabes erneut blutige Auseinandersetzungen bis hin zum Bürgerkrieg und offener Militärdiktatur. Diese Entwicklungen zur Post-Mugabe-Ära sind nicht nur regional relevant und sollten deshalb größere Aufmerksamkeit auch in der österreichischen Öffentlichkeit finden. Und der Protest und beharrliche Widerstand der geschundenen Bevölkerung verdienen Respekt und solidarische Unterstützung auch hierzulande:

→ Mit Sorge verfolgen wir – als Organisationen und Einzelpersonen, die seit den Tagen des Befreiungskampfes und der daraus resultierenden Unabhängigkeit des Landes vielfältige Beziehungen zu Zimbabwe und seiner Zivilgesellschaft pflegen – die neuerliche Vertiefung und Zuspitzung der politischen und sozio-ökonomischen Krise, die durch eine Jahrhundertdürre

im gesamten Südlichen Afrika akut verschärft wird.

→ Wir verurteilen die gewaltsame Unterdrückung der Massenproteste gegen unhaltbar gewordene Lebensbedingungen und die brutalen Übergriffe der Sicherheitskräfte in mehreren Städten. Damit werden die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Bevölkerung eklatant ignoriert und verletzt.

→ Wir unterstützen die Forderung der Protestbewegung nach Respektierung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, nach Rücknahme der Notverordnung bzw. des Demonstrationsverbots in Harare, sowie aller restriktiven, gesetzlichen Maßnahmen (POSA), die diese Rechte beschneiden.

→ Wir sehen die Forderungen nach einem tiefgreifenden, politischen und sozio-ökonomischen Wandel als völlig legitim an, der letztlich aber nur auf friedlichem Wege und durch die Bündelung aller demokratischen Kräfte zu erreichen sein wird. Dazu braucht es einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog und einen Prozeß der schonungslosen Rechenschaft, Verständigung und Aussöhnung umfaßt.

→ Die zugespitzte Krise verlangt nach tiefgreifenden Maßnahmen, die nicht auf die Zeit nach den 2018 anstehenden Wahlen warten können. Die Forderung der Zivilgesellschaft nach einer neuen Form von Übergangsregierung unter Einbeziehung aller Kräfte verdient deshalb Unterstützung. Vor allem geht es dabei um Maßnahmen zur Schaffung der Voraussetzungen für faire Wahlen, die der Parteilichkeit des Staatsapparats und dem notorischen Wahlbetrug etwas Wirksames entgegenzusetzen können.

→ Angesichts der Zuspitzung der Versorgungssituation in Folge der Dürre, von der gegenwärtig allein in Zimbabwe über 4 Millionen Menschen betroffen sind, braucht Zimbabwe internationale, humanitäre Hilfe, die aber nicht – wie in der Vergangenheit – von der ZANU-PF als politisches Instrument mißbraucht werden darf.

→ Die Lage in Zimbabwe hat nachhaltig negative Auswirkungen in der Region gezeitigt, deshalb stehen auch die regionalen Kräfte wie SADC und AU in der Mitverantwortung.

→ Trotz vielfacher Bezüge auf zivilgesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Ebene hat die österreichische Außenpolitik ihr Engagement im Südlichen Afrika (und besonders in Zimbabwe) zuletzt leider stark reduziert. Dennoch geht dieser Appell zu mehr Aufmerksamkeit und Wahrnehmung österreichischer Interessen auch an diese Adresse. Darüber hinaus ist die EU gefordert zur Soforthilfe und einem fairen *Re-engagement* von Zimbabwe beizutragen, sobald den unabdingbaren Forderungen nach Respektierung der Menschenrechte nachgekommen wird.

Wir sehen unseren Beitrag in der Fortsetzung der Informationsarbeit, des zivilgesellschaftlichen Dialogs und des Kulturaustauschs. Jede Unterstützung dafür ist weiterhin willkommen.

13. September 2016

Peter Kuthan
ARGE Zimbabwe Freundschaft, Linz
argezim@silverserver.at
www.mulonga.net

Walter Sauer
Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika, Wien
office@sadocc.at
www.sadocc.at

→ Fortsetzung von Seite 13

men. Der heutige Präsident Nyusi war damals Verteidigungsminister, eines der kreditaufnehmenden Unternehmen war ihm unterstellt. Internationale Geber stoppten angesichts dieser Enthüllung ihre Zahlungen, der IWF kürzte sein Darlehen, und die Geber von Budgethilfe überlassen die weiteren Verhandlungen dem IWF.

Nyusi ist – wenig überraschend – strikt gegen den IWF-Vorschlag einer internationalen unabhängigen Untersuchung zur Verwendung der Gelder. Er bestellte einen Moçambikaner, der 30 Jahre beim IWF gearbeitet hatte, zum neuen Chef der Nationalbank – dieser soll nun eine Schulden-Einigung mit dem IWF erzielen. Das Staatsbudget wurde um 37% gekürzt, ein geplantes

Schnell-Fahstreifen-System für Busse auf Eis gelegt, weil dafür Staatsgarantien für Exportkredite nötig gewesen wären. Im August berichtete die Zeitung *Noticias* über die Schließung von 88 Unternehmen in Zambezia aufgrund des Krieges und der Wirtschaftskrise. Mitte September wird der Präsident versuchen, durch einen Deal mit US-Gaskonzernen 1 Mrd. US-Dollar an Schulden abzudecken, weiters soll die Kapitalertragssteuer zur Schuldentilgung genützt werden

Positiv ist zumindest die Wetterprognose: Die Essensknappheit im Süden aufgrund der Dürre sollte durch die vorhergesagten guten Regenfälle mit der Ernte im Frühjahr 2017 wieder abklingen.

Trauer um die Ethnologin der Tonga

Professor Elizabeth Colson verstarb am 3. August auf Savory Farm bei Monze in Zambia.

Colson, geb. am 15. Juni 1917, war eine US-amerikanische Anthropologin und emeritierte Professorin der *University of California* in Berkeley. Vor allem durch ihre klassische Studie der Tonga im Gwembe Valley in Zambia und Zimbabwe, die sie 1956 gemeinsam mit Thayer Scudder begann, wurde sie bekannt. Ihre Forschung konzentrierte sich auf die Folgen, welche die erzwungene Umsiedlung (wegen des Baus des Kariba-Staudamms) auf Kultur und soziale Organisation der Volksgruppe hatte sowie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Notlage auf familiäre Beziehungen, Rituale und Religion.

„Elizabeth mit ihrer kulturellen Empathie und ihrem weisem Verständnis war eine bemerkenswerte Frau“, schreibt Peter Kuthan in einem Nachruf. „Bei unserem nächsten Besuch in Sinazongwe wollten wir sie wieder auf ihrer Farm besuchen, das ist nun hinfällig geworden. Aber wir werden sie immer im Gwembe Valley antreffen, wo sie ihre Fußstapfen im Sand der Zeit hinterlassen hat und wo ihre Geistigkeit und ihre Inspiration weiterleben werden. RIP.“

Mehrere von Colsons Publikationen finden sich in der SADOCC-Bibliothek.



Erinnerung an ein Gespräch 2007
(v. l. n. r.: Sengamo Ndlovu, Elizabeth Colson, Keith Goddard †, Peter Kuthan, Thea Sianyuka, Pottar Muzamba, Hedi Kuthan)

... sadocc news ...

AVISO: Auf Einladung von Minister Stöger referiert der namibische Sozialminister Zephania Kameeta am 6. Dezember 2016, von 14 bis 16 Uhr über „Our way out of poverty. Namibia's efforts to eradicate social inequality“ im Sozialministerium (Stubenring). Anmeldung erforderlich (andreas.schaller@sozialministerium.at).

Minister Kameeta ist evangelischer Theologe, engagierte sich aktiv im Kampf gegen die südafrikanische Besetzung Namibias und wurde mit der Unabhängigkeit 1990 stellvertretender Parlamentspräsident. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik war er Bischof der lutherischen Kirche und wurde 2015 in die Regierung berufen.

Kameeta ist ein Verfechter des *Basic Income Grant* (Grundeinkommens) und war aktiv am Pilotprojekt in Otjivero beteiligt. Er hofft (wie realistisch das ist, bleibt abzuwarten), daß ein Grundeinkommen während seiner Amtszeit in Namibia eingeführt werden kann (INDABA 87/15).

Geschenkabo INDABA. Weihnachten kommt schnell genug. Damit Sie nicht alles in letzter Sekunde besorgen müssen, entschließen Sie sich am besten gleich, ihre Verwandten/Freunde mit INDABA-Geschenkabos zu versorgen. Was wir dazu brauchen: An wen die vier Hefte 2017 gehen sollen, Ihren Namen und Adresse sowie eine Überweisung von Euro 13.- pro Abo auf unser Konto bei der BACA, IBAN: AT 57120000610512006.

Erratum. Falsche Bildunterschrift im letzten Heft (The spirit of music, S. 20): Bei der abgebildeten Musikerin handelt es sich nicht um Brenda Fassie, sondern um Thelma Segona. Wir bitten um Entschuldigung!

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 20. Oktober 2016, 19 Uhr

Recht auf Nahrung – Recht auf Entwicklung

Edith Mychalewicz

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

Traditionelles Landrecht als Hilfe für Frauen in Eastern Cape?
Im Rahmen meiner Forschung habe ich das gelebte Recht in Cala, Eastern Cape, im Bezug auf das Recht auf Land für Frauen erfaßt und die Vereinbarkeit mit den internationalen und regionalen Menschenrechten „Recht auf Nahrung“ und „Recht auf Entwicklung“ untersucht. In meinem Vortrag möchte ich einen Überblick über das Konzept und die Rolle von traditionellem Landrecht in der südafrikanischen Rechtsordnung geben. Ich werde auch Vergleiche zu anderen Rechtsformen in Südafrika ziehen und die Einbettung von traditionellem Recht in anderen afrikanischen Rechtsordnungen erwähnen. Zum Schluß werde ich einige konkrete Fälle besprechen, die die derzeitigen Entwicklungen von Landrechten von Frauen veranschaulichen.

Edith Mychalewicz hat beim *Trust for Community Outreach and Education/TCO* – einer NGO, die sich mit Landrechten befaßt – gearbeitet. Sie ist derzeit im entwicklungspolitischen Bereich in Österreich tätig.

Donnerstag, 17. November 2016, 19 Uhr

40 years after the students' revolt in Soweto – What the anniversary means for South Africa today

Carol Dyantyi (IKAGENG, Johannesburg)

Als Jugendliche nahm Carol am ersten Protestmarsch der Schülerinnen und Schüler von Soweto gegen die repressive Bildungspolitik des Apartheidregimes teil – am 16. Juni 1976. Bei ihrem Vortrag in der SADOCC-Bibliothek blickt sie zurück auf diese historische Konfrontation und ihre politischen Auswirkungen. Wie hat sich insbesondere die Situation der Jugend im heutigen Südafrika verändert?

Am **Freitag, 18. November 2016**, findet ab 19 Uhr unser traditionelles Curry Splash zugunsten des von Carol Dyantyi geleiteten Jugendzentrums IKAGENG in Soweto statt (Eintritt 25 Euro). Der Reinertrag des Benefizdiners wird für die Anschaffung von Schuluniformen für Kinder aus armen Verhältnissen verwendet. Ort: Gemeindesaal der Zwinglikirche, Schweglerstraße 39, 1150 Wien.

Impressionen aus Port Elizabeth



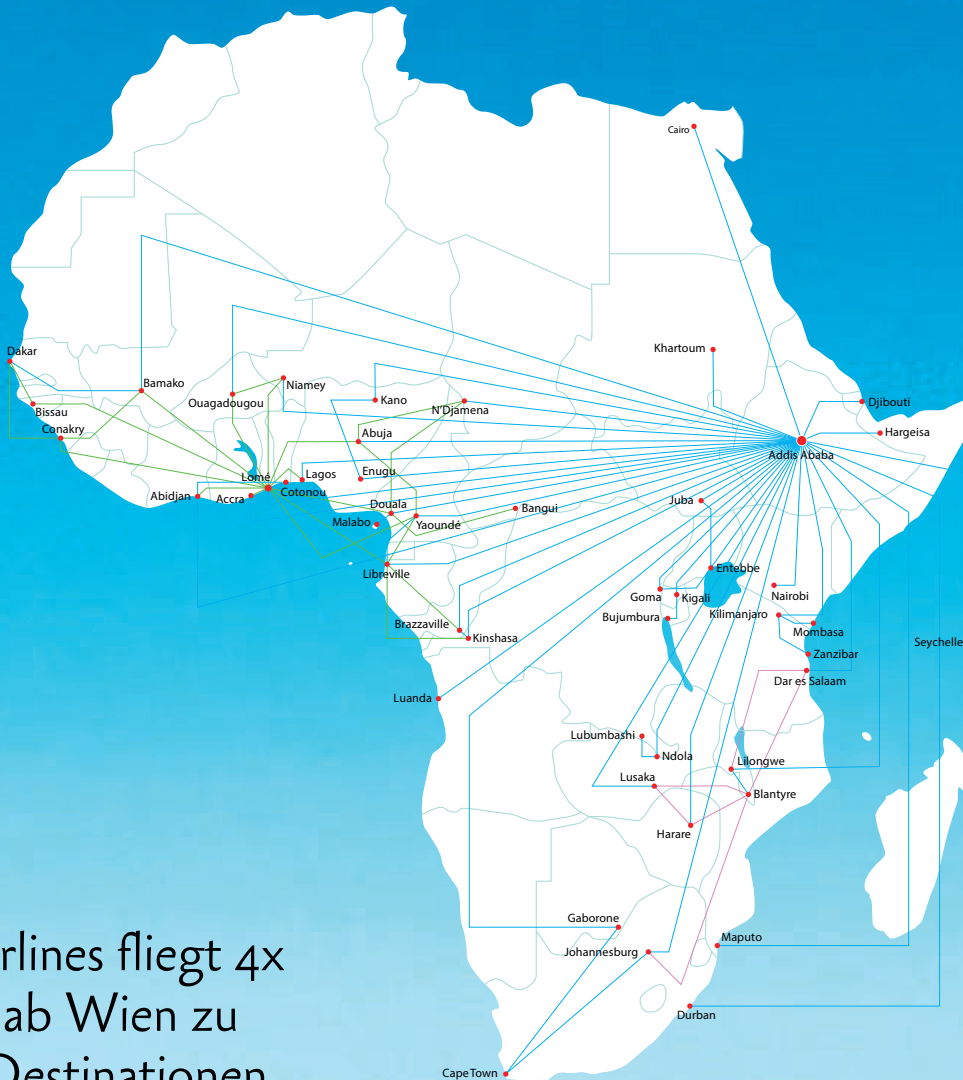
von Margit Niederhuber

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

ETHIOPIAN AIRLINES IHRE VERBINDUNG NACH AFRIKA



Ethiopian Airlines fliegt 4x
wöchentlich ab Wien zu
mehr als 54 Destinationen
in Afrika zu großartigen Preisen

www.ethiopianairlines.com

Ethiopian
የኢትዮጵያ
THE NEW SPIRIT OF AFRICA

A STAR ALLIANCE MEMBER